



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Friedensnobelpreiskomitee macht mit beim neuen Kalten Krieg Preisverleihung 2021 wirft viele Fragen auf

von Karl-Jürgen Müller

Genau 10 Jahre ist es her, dass der 2019 verstorbene ehemalige Richter am deutschen Bundesverwaltungsgericht *Dieter Deiseroth*, der im Ehrenamt wissenschaftlicher Beirat der internationalen Juristenvereinigung IALANA (*International Association of Lawyers against Nuclear Arms*) sowie der IPPNW (*Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.*) war, in einem Beitrag für die deutsche Zeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* (10/2011)¹ die Kritik des norwegischen Juristen *Fredrik S. Heffermehl* an der Vergabe verschiedener Friedensnobelpreise zusammenfasste. Heffermehl, der auch in *Zeit-Fragen* zu Wort gekommen ist,² hatte 2008 in erster Auflage sein mittlerweile in mehrere Sprachen übersetztes Buch «The Nobel Peace Prize. What Nobel Really Wanted» veröffentlicht. Dort hatte Heffermehl dargelegt, dass das aus Politikern zusammengesetzte norwegische Nobelpreiskomitee fortlaufend die im Testament *Alfred Nobels* aus dem Jahr 1895 festgelegten Vergabekriterien für den Friedensnobelpreis missachtet.

Alfred Nobels Bedingungen für die Vergabe des Friedensnobelpreises

Nobel hatte bestimmt, dass der Preis alljährlich «an denjenigen, der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat», vergeben werden sollte. Lege man diesen Massstab an, befand *Fredrik S. Heffermehl* 2008, so seien zumindest 51 der bis dahin vergebenen 121 Friedensnobelpreise ungerechtfertigt.

Norwegisches Nobelpreiskomitee – «Blinde Loyalität gegenüber der Nato»?

Heffermehls Antwort auf die Frage nach den Gründen hierfür referierte *Dieter Deiseroth* zusammenfassend: «Die Gründe für die Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte sieht der Autor vor allem in einem Versagen des norwegischen Parlaments. Dieses habe seit 1948 die fünf Sitze des Nobelpreiskomitees nach Parteienproporz aufgeteilt. Die besondere Befähigung, Kompetenz und Erfahrung in den für die Beurteilung der Vergabekriterien relevanten Bereichen spielten für die Wahl der Komiteemitglieder praktisch keine Rolle. *Leidlich der norwegische sicherheitspolitische Grundkonsens, der sich seit Beginn des Kalten Krieges in den späten 1940er Jahren herausgebildet habe, musste stimmen. Für die Mitglieder des Komitees sei die Anlehnung an die norwegische Aussenpolitik – folglich auch Konzepte militärischer Stärke und eine geradezu blinde Loyalität gegenüber der Nato – wichtiger als die Achtung des Willens von Alfred Nobel.*» (Hervorhebung km)

Dabei ist tatsächliche Friedenspolitik gerade heute so ausserordentlich wichtig

Der Friedensnobelpreis gilt als wichtigste jährliche Auszeichnung für friedenspolitisches Handeln. In der Tat ist ein solches Handeln in der derzeitigen Weltlage sehr dringend geboten. Nicht mehr nur regional begrenzte Konflikte und Kriege bedürfen einer friedenspolitischen Antwort, die Welt steht mitten in einer sich zuspitzenden globalen Konflikt- und Konfrontationslage, viele sprechen von einem neuen globalen Kalten Krieg. In unseren westlichen Medien ist täglich zu sehen, wie kampagnenartig am Feindbild Russland und China gearbeitet wird, und



Im Jahr 2021 wird der Friedenspreis in einen Preis für Pressefreiheit umgewandelt. Die führende norwegische Tageszeitung «Aftenposten» bringt in ihrem Leitartikel die Freude darüber zum Ausdruck, dass das Nobelpreiskomitee «den Preis an zwei Personen vergeben hat, die an vorderster Front für das Recht auf freie Meinungsäusserung kämpfen und trotz Druck und Bedrohung nicht aufgeben».

Bei all der Begeisterung sollte nicht vergessen werden, dass *Nobel* einen Preis für Abrüstung geschaffen hat, keinen Preis für Pressefreiheit. Das Komitee hätte sich leicht der Friedensvision von *Alfred Nobel* anschliessen können. Einer der Kandidaten für 2021 war von höchster Relevanz, um die Welt von der politisch enorm mächtigen globalen Militärorde- nung zu befreien, gegen die *Nobel* kämpfen wollte. Die akuteste und tödlichste Bedrohung der Pressefreiheit in der Welt ist heute die US-Kampagne gegen *Julian Assange*.

Der Australier *Assange*, Gründer von *WikiLeaks*, verdient den Dank der Welt-

dies passt zu den tatsächlichen aussen- und militärpolitischen Entscheidungen. Die Welt rüstet in vielfacher Hinsicht auf, nicht zuletzt auch propagandistisch, und entfernt sich immer mehr vom Ziel des Friedens. Insbesondere die USA und die mit ihr verbündeten Staaten tun sich sehr schwer damit zu akzeptieren, dass sie ihre nach 1990 statuierte hegemoniale Position (Stichworte: «neue Weltordnung», neoliberaler Globalismus, «global governance» mit «regulierter Ordnung») aufgeben müssen – zugunsten einer Gleichberechtigung aller Staaten und zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, so wie es die Charta der Vereinten Nationen gebietet. Im Hin und Her zwischen den Grossmächten USA, China und Russland ist nicht immer leicht zu erkennen, was genau gerade eben passiert. Um so wichtiger ist der Blick auf Ursache und Wirkung.

Fragwürdige Preisvergabe 2021

Die diesjährige Vergabe des Friedensnobelpreises am 8. Oktober an den russischen Journalisten *Dmitri Muratow* und die philippinische Journalistin *Maria Ressa* ist ganz offensichtlich kein Beitrag zur Friedensförderung und entspricht erneut nicht den Vorgaben, die *Alfred Nobel* in seinem Testament gemacht hat. Insbesondere die Verleihung des Preises an den russischen Journalisten ist ganz offensichtlich ein weiterer Mosaikstein im neuen Kalten Krieg.

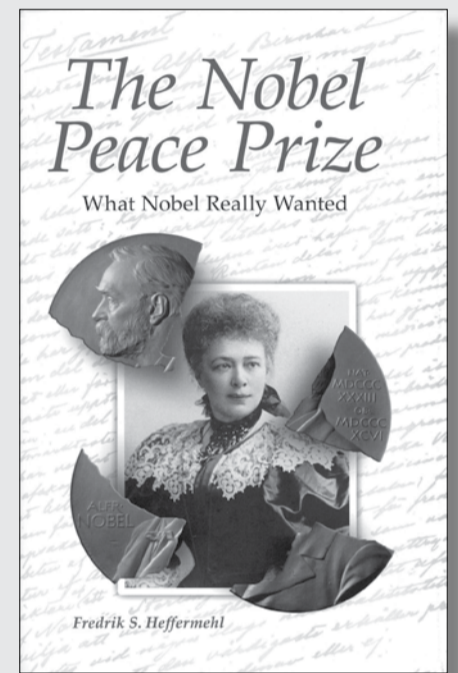
Dieses Urteil ist keines über die Qualität der journalistischen Arbeit der beiden Preisträger. Die soll und kann an dieser Stelle auch nicht beurteilt werden. Folgt man der Pressemitteilung des Nobelpreiskomitees, so konzentriert sich die journalistische Arbeit beider Preisträger auf eine scharfe Kritik an den inneren Verhältnissen in ihren Ländern. *Muratow* habe «über Jahrzehnte die Meinungs-

Guter Schutz der Pressefreiheit?

von *Fredrik S. Heffermehl*, Jurist und Schriftsteller, Norwegen

öffentlichkeit für die Aufdeckung der Kriegsverbrechen der USA im Irak und in Afghanistan. Die russische Pressefreiheit ist schliesslich ein lokales Problem, aber der Angriff der USA auf *Assange* wird Medien auf der ganzen Welt davon abhalten, kritisch über Machtmissbrauch und Verbrechen der USA zu berichten. Bislang wurde *Assange* zehn Jahre lang seiner Gesundheit und Freiheit beraubt. Er wird als politischer Gefangener isoliert im Hochsicherheitsgefängnis *Belmarsh* in London festgehalten, ohne Anklage oder Urteil, seine Behandlung ist Folter. Seine mutigen Enthüllungen könnten ihn bald das Leben kosten. Ein Komitee, das der Friedensvision *Alfred Nobels* treu gewesen wäre, hätte *Assange* vor einer ungeheuerlichen Rechtskränkung durch Auslieferung und lebenslange Haft in den Vereinigten Staaten schützen können.

Und nun das grosse Paradoxon: Zum Glück für das Nobelpreiskomitee funktioniert die von ihm so hoch gelobte Pressefreiheit nicht. Wenn sie in Fragen von (ungehemmtem) Militarismus funktioniert hätte, wüsste die Welt schon lange, dass der Preis in norwegischer Verwaltung die Idee der globalen Abrüstungszusammenarbeit von *Nobel* verraten hatte. Dem Nobelpreiskomitee war der Verrat am Kern des Nobelpreises nicht entgangen. Meine 14 Jahre, in denen



ich versucht habe, die Nobel-Idee zu erklären und zu verteidigen, sind daran gescheitert, dass die Weltmedien den mächtigen militärisch-industriellen Sektor unterstützen und nicht in der Lage sind, globale Abrüstung als das einzig realistische Mittel in einer Welt mit so vielen lebensbedrohlichen Problemen zu sehen.

(Übersetzung aus dem Spanischen
Zeit-Fragen)

freiheit in Russland unter sich immer weiter erschwerenden Bedingungen verteidigt». Seine Zeitung sei die «unabhängigste Zeitung im heutigen Russland, mit einer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber der Macht». Die Zeitung biete «faktenbasierten Journalismus und professionelle Integrität». All das kann an dieser Stelle nicht überprüft werden, und die Frage sei erlaubt, warum und wozu sich das Nobelpreiskomitee, das ja keine wissenschaftliche Forschung in Russland anstellen kann, in seinem Urteil so sicher ist und wer seine «Zeugen» sind.

Die russische Regierung selbst hat über den Pressesprecher des Präsidenten, *Dmitri Peskow*, Stellung genommen. Er sagte, *Muratow* sei mutig und talentiert: «Wir können *Muratow* gratulieren, er arbeitet konsequent nach seinen Idealen. Er setzt sich für seine Ideale ein.» Wie auch immer man diese Aussagen einordnen mag, im Westen ernteten sie scharfe Kritik. Die «Frankfurter Rundschau» schrieb am 8. Oktober: «Eine Geste, die an Zynismus kaum zu überbieten ist.» Auch solche Urteile sind sehr schnell formuliert und passen eher zum neuen Kalten Krieg.

Euphorische Reaktionen aus dem Westen

Überhaupt waren die Reaktionen westlicher Medien, Journalistenverbände und Politiker auf die diesjährige Preisverleihung geradezu euphorisch. Dabei merkt man auch gleich, worum es wirklich geht. Zum Beispiel bei *Zeit-Online* vom 8. Oktober: Da heisst es in einem Titel: «Schreiben gegen Putin und Duterte». Und in einem anderen Beitrag: «Der Friedensnobelpreis für zwei Journalisten ist vielleicht der politischste Akt des Nobelpreiskomitees seit langem. Diese Auszeichnung greift ein in eine offene Feldschlacht zwischen autoritären Herrschern und Zivilgesellschaften, zwischen systematischer Unterdrück-

ung und trotziger Offenlegung dessen, was wirklich läuft in der Welt.» Oder die «Frankfurter Rundschau» vom selben Tag: «Für die Autokraten *Putin* und *Duterte* ist die Vergabe des Friedensnobelpreises 2021 eine offene Demütigung.» Die Preise seien vergeben worden an «zwei Journalist:innen, die laut und vernehmlich für Pressefreiheit kämpfen, die Unterdrückung in ihren Ländern anprangern und dafür Leib und Leben riskieren.» So habe das Nobelpreiskomitee ein «grossartiges Signal» gesetzt.

Erwartungsgemäss hat sich auch der US-amerikanische Präsident *Joe Biden* zu Wort gemeldet: «*Ressa*, *Muratow* und Journalisten wie sie auf der ganzen Welt stehen an vorderster Front im globalen Kampf für die Idee der Wahrheit.»³ Da stellt sich allerdings die Frage, wie sich dieses Bekenntnis zur Wahrheit mit dem US-amerikanischen Umgang mit Whistleblowern und Journalisten wie *Edward Snowden*, *Chelsea Manning*, *Daniel Hale* oder *Julian Assange* verträglich ist.

Alfred Nobel erneut ignoriert

Auf das, was *Alfred Nobel* mit seinem Preis wirklich erreichen wollte, wird fast nirgendwo eingegangen, weder von Politikern noch von den Medien. Das Nobelpreiskomitee hat Zusammenhänge zu konstruieren versucht, indem es mitteilte, die Meinungsfreiheit sei «eine Voraussetzung für Demokratie und dauerhaften Frieden». Und im letzten Absatz seiner Pressemitteilung bemühte sich das Komitee sogar ausdrücklich, mit zwei Sätzen darzulegen, dass ihre diesjährige Preisverleihung doch ganz im Sinne *Alfred Nobels* sei. Daran muss man – beim Blick auf die Tatsachen, vor allem den Umgang mit dieser Preisverleihung seitens westlicher Politiker und Medien – allerdings

Fortsetzung auf Seite 2

«Der UN-Gipfel schweigt zu den Ursachen, warum unser Ernährungssystem versagt»

von Hans Rudolf Herren, Gründer von Biovision und Stiftungsratspräsident



Hans Rudolf Herren
(Bild © Peter Lüthi,
Biovision)

Am UN-Ernährungssystemgipfel 2021 [am 23. September] wurde die Chance vertan, echte Alternativen zu den von Konzernen gesteuerten, umweltschädlichen Produktionsmethoden für unsere Lebensmittel zu finden.

Es hätte ein Sprung nach vorne für die Zukunft unseres Planeten sein sollen, aber statt dessen war es ein Beispiel aus dem Lehrbuch dafür, wie man einen Gipfel eben nicht durchführen sollte. Der UN-Gipfel zu den Ernährungssystemen sollte eine Wende in unserem gescheiterten Ernährungssystem herbeiführen und den Weg in eine klimaresistente, ernährungssichere und gerechte Zukunft weisen. Statt dessen stehen wir wieder am Anfang: ein Sammelsurium von guten, schlechten und hässlichen «Lösungen», aber ein ohrenbetäubendes Schweigen zu den eigentlichen Ursachen der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind.

Ein internationales Gipfeltreffen zum Thema Ernährung war längst überfällig. Unser Ernährungssystem funktioniert weder für die Menschen noch für die Tiere oder den Planeten. Die Lebensmittelproduktion setzt grosse Mengen an Treibhausgasen frei, die den Planeten erwärmen und für 37% der Emissionen verantwortlich sind. Fettleibigkeit und Unterernährung nehmen zu, während die Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers ins Gegenteil umschlagen: Im vergangenen Jahr musste ein Zehntel der Weltbevölkerung hungern.

* Hans Rudolf Herren ist ein Schweizer Landwirtschafts- und Entwicklungsexperte. Er war 2008 Mitautor und Ko-Vorsitzender des von sechs Uno-Organisationen und der Weltbank beauftragten *Weltagrarrates* (IAASTD). Als erster Schweizer wurde Herren 1995 mit dem *Welternährungspreis* und 2013 mit dem *Right Livelihood Award* ausgezeichnet. Letztere Auszeichnung erhielt Herren zusammen mit der *Biovision – Stiftung für ökologische Entwicklung*, welche er 1998 gründet hatte.

«Friedensnobelpreiskomitee macht ...»

Fortsetzung von Seite 1

erhebliche Zweifel haben. Nimmt man hinzu, wie der Stand der Meinungsfreiheit in vielen westlichen Staaten ist, so fällt einem auch hier wieder der Begriff der «doppelten Standards» ein, man könnte auch sagen: Scheinheiligkeit.

Wo sind die Persönlichkeiten, die sich tatsächlich für den Frieden einsetzen?

Am Schluss dieses Artikels soll ein Zitat aus den deutschen *Nachdenkseiten* stehen, das dem Namen dieser Internetseite alle Ehre macht. Es ist einem Beitrag von *Albrecht Müller* entnommen. Er ist Herausgeber der *Nachdenkseiten* und war politischer Berater des Friedensnobelpreisträgers *Willy Brandt*. Am 9. Oktober schrieb er: «Die Entscheidung des Nobel-Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den russischen Journalisten Muratow zeigt das Elend unserer Zeit. Sie dient dem Aufbau des Feindbildes Russland und der Beschönigung der Lage im Westen. Der Feindbildaufbau fördert die weitere Konfrontation und letztendlich die Gefahr einer schlimmen militärischen Auseinandersetzung.»

Wo aber sind die Persönlichkeiten, die sich tatsächlich mit aller Energie und Entschlossenheit heute für das einsetzen, was Alfred Nobel vor mehr als 125 Jahren – zu Recht – so ausserordentlich wichtig war? •

¹ unter anderem in *Zeit-Fragen* Nr. 31 vom 23.7.2012 mit der Wiedergabe einer deutschen Übersetzung des Schlusskapitels aus seinem Buch «The Nobel Peace Prize. What Nobel Really Wanted»: «Das Ziel bleibt: Aus Schwertern Pflugscharen machen.»

² auch veröffentlicht in *Zeit-Fragen* Nr. 27 vom 25.6.2012

³ zitiert nach *www.nachdenkseiten.de* vom 11.10.2021 (Heyden, Ulrich). «Nobelpreisnominierung als Kampfmittel für die Idee der Wahrheit»

Die Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Veränderung

Eine Veränderung der Art und Weise, wie wir Lebensmittel produzieren, verarbeiten und konsumieren, ist der Schlüssel zur Bewältigung all dieser Probleme. Das Gipfeltreffen war eine entscheidende Gelegenheit, um die Art von Veränderungen herbeizuführen, die ausserhalb dieser aussergewöhnlichen Momente schlicht nicht möglich sind. Was ist also schiefgelaufen?

Der übermässige Einfluss der Konzerne auf den Gipfel – ein Sektor, der weitgehend für den schlechten Zustand der Ernährungssysteme verantwortlich ist – hat von Anfang an für Kontroversen gesorgt.

Das Gipfeltreffen ging eine enge Partnerschaft mit dem *Weltwirtschaftsforum* ein, einer privatwirtschaftlichen Organisation, die gegründet wurde, um die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Zudem wurde es von der *Bill and Melinda Gates Foundation* gesponsert, deren Verbindungen zum Privatsektor kein Geheimnis sind.

Dies führte zu einem Boykott durch Gruppen, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten vertreten, bis hin zu internationalen Nichtregierungsorganisationen.

Ihre Bedenken waren wohlbegründet. Die Lebensmittel- und Agrarindustrie hat im Vorfeld des Gipfels die Transformation des Ernährungssystems thematisiert und dabei unter anderem die Themen Klima, Lebensgrundlagen, Natur und Transparenz angesprochen. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass sich die Konzerne an die Regeln halten, wenn die Regierungen sie nicht zur Verantwortung ziehen.

Mangelnder Ehrgeiz war ein weiteres grosses Hindernis für den Erfolg. Die Notwendigkeit einer umfassenden Reform war noch nie so klar wie heute: Neue Zahlen von Anfang September 2021 belegen, dass 87% der weltweiten Agrarsubventionen in Höhe von 540 Milliarden US-Dollar (etwa 500 Milliarden CHF) dem Klima, der Natur und der menschlichen Gesundheit schaden. Dennoch ist es dem Gipfel nicht gelungen, einen klaren Kurs in Richtung einer nachhaltigeren Lebensmittelproduktion einzuschlagen.

Agrarökologie steht als Lösung parat

Es hat sich gezeigt, dass die Agrarökologie die Ernteerträge um fast 80% erhöht, den Zugang der Menschen zu Lebensmitteln verbessert und den Hunger reduziert, die Einkünfte der Bäuerinnen und Bauern steigert und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Überschwemmungen, Dürren und anderen Schocks erhöht. Nichtsdestotrotz ist die Agrarökologie nach wie vor stark unterfinanziert.

Zwar wurden auf dem Gipfel einige Zusagen zur Reform der Subventionen gemacht, und einige Regierungen beginnen, die Agrarökologie ernst zu nehmen. Die meisten Fonds werden jedoch weiterhin einen Ansatz unterstützen, der mehr oder weniger dem «Business as usual» entspricht.

So diente der Gipfel beispielsweise als Startrampe für AIM, eine US-Klimainitiative zur Förderung einer «klimaintelligenten» Landwirtschaft, die sich weitgehend darauf konzentriert, die Klimaauswirkungen der derzeitigen – stark umweltverschmutzenden – Lebensmittelproduktion abzumildern, statt zu wirklich nachhaltigen landwirtschaftlichen Systemen überzugehen.

Das Gipfeltreffen wurde auch genutzt, um Spenden für die *Alliance for a Green Revolution in Africa* (AGRA) zu sammeln. Diese Initiative wird von der Gates-Stiftung finanziert und von *Agnes Kalibata*, der Sonderbeauftragten des Gipfels, geleitet. Mehr Geld für AGRA bedeutet mehr Lösungen von oben nach unten, die für die Afrikanerinnen und Afrikaner und nicht mit ihnen entwickelt werden.

Das letzte Aushängeschild des Gipfels war eine von oben nach unten gerichtete, intransparente Arbeitsweise. Nirgendwo wird dies deutlicher als in der «Scientific Group», die eingerichtet wurde, um die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger schnell zu beraten, die aber wegen ihrer Voreingenommenheit zugunsten industriefreundlicher High-Tech-Lösungen in die Kritik geraten ist.

Schluss mit «Business as usual»

Die Organisatoren sahen sich gezwungen, die Pläne aufzugeben, diese Gruppe in ein ständiges Gremium umzuwandeln. Die Versuche,

diese Version der Wissenschaft voranzutreiben, werden den Gipfel jedoch überdauern und drohen, die wichtige Arbeit bestehender Institutionen wie des *Ausschusses für Welternährungssicherheit* zu untergraben, in dessen wissenschaftlichem Gremium eine grössere Bandbreite von Stimmen, einschliesslich der Produzentinnen und Produzenten sowie der Zivilgesellschaft, vertreten ist.

Zusammengenommen haben diese Versäumnisse zu einem Gipfel geführt, der uns weiter von wirklichen Lösungen für die Ernährung und das Klima entfernt hat.

Wie geht es nun weiter?

Um wieder auf den richtigen Weg zu kommen, muss ein Konsens über Ideen wie die Agrarökologie geschaffen werden, die nachweislich etwas bewirken. Damit dies erreicht werden kann, müssen die Regierungen auf bestehenden Institutionen wie dem Ausschuss für Welternährungssicherheit aufbauen und dürfen diese nicht untergraben. Denn sie werden von den Menschen unterstützt, die an vorderster Front von der Ernährungs-, Gesundheits- und Klimakrise betroffen sind. Dies ist das richtige Forum, um die Agenda für die Transformation unserer Ernährungssysteme wieder aufzugreifen und die Ideen voranzubringen, mit denen dies erreicht werden kann.

Der Klima- und der Biodiversitätsgipfel bieten uns eine weitere Chance, die Transformation des Ernährungssystems auf den Tisch zu bringen. Die Regierungen müssen diese Chance erkennen und ein faires und nachhaltiges Ernährungssystem in den Mittelpunkt eines Abkommens zur Senkung der CO₂- und Methan-Emissionen, eines Abkommens zur Reduzierung der Entwaldung und von Ausgabenentscheidungen stellen.

Der Gipfel zu den Ernährungssystemen hat das «Business as usual» als etwas Neues aufgetischt. Angesichts der dringenden Klima-, Gesundheits- und Umweltkrisen können wir es uns nicht leisten, diesen Fehler erneut zu begehen. •

Quelle: <https://www.biovision.ch/fazit-hans-herren-welternahrungsgipfel/> vom 13.10.2021; der Text erschien ursprünglich in englischer Sprache auf der Internetseite der *Thomson Reuters Foundation*

Welthunger-Index 2021 dokumentiert Rückschritte bei Hungerbekämpfung

Verheerende Wechselwirkung von Konflikten und Hunger

Der *Welthunger-Index* zeigt in diesem Jahr die verheerende Wechselwirkung von Konflikten und Hunger. Die Anzahl der gewaltsamen Konflikte hat in den letzten Jahren wieder zugenommen. In acht von zehn Ländern mit einer sehr ersten oder gravierenden Hungersituation tragen Konflikte massgeblich zum Hunger bei.

«Mehr als die Hälfte aller unterernährten Menschen lebt in Ländern, die von Gewalt, Konflikt und Fragilität geprägt sind. Wo Krieg herrscht, werden Ernten, Felder und wichtige Infrastruktur zerstört. Die Menschen verlassen ihre Dörfer aus Angst vor Kämpfen und Übergriffen und sind auf humanitäre Hilfe zum Überleben angewiesen. Wo Hunger und Armut herrschen, nehmen aber auch Konflikte zu. Wir brauchen tragfähige politische Konfliktlösungen und eine Stärkung des Rechts auf Nahrung. Der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe muss endlich konsequent sanktioniert werden. Darüber hinaus benötigen wir flexible Finanzierungsmodelle, die die Wechselwirkung von Ernährung und Frieden stärker in den Blick nehmen», betont Thieme.

Quelle: Pressemitteilung der Welthungerhilfe vom 14.10.2021; <https://www.welthungerhilfe.de/presse/pressemitteilungen/2021/welthunger-index-2021-rueckschritt-bei-hungerbekämpfung/>

km. Was ist das für eine Welt, in der 811 Millionen Menschen hungern müssen und die Situation eher noch schlechter als besser wird? Die Pressemitteilung der Welthungerhilfe schreibt, der aktuelle *Welthunger-Index* bestätigt «die deutlichen Rückschritte bei der

Hungerbekämpfung». Obwohl es schon sehr lange gut ausgearbeitete Programme gibt, mit deren Verwirklichung der Hunger auf der Welt beseitigt werden könnte!

Zu Recht nennt die Welthungerhilfe klimatische Bedingungen sowie Konflikte und Kriege als zwei Hauptursachen der Hungerkatastrophe. An anderer Stelle hat sie auf das grosse Problem aufmerksam gemacht, dass immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe in den Hunger leidenden Ländern aufgegeben werden (müssen) und (oftmals ausländische) Grossinvestoren das Land aufkaufen und für ihre Profit- und Machtinteressen missbrauchen. Hinzu kommen Handelsbedingungen, welche die reichen Länder des Nordens machtvoll bevorzugen. Alles auf Kosten der Ärmsten der Welt!

Zeit-Fragen hat immer wieder auf Alternativen zu dieser ungerechten und Menschen mordenden Weltwirtschafts- und Weltlandwirtschaftsordnung hingewiesen. Herausragend dabei der «Weltagrarrat» und die Initiativen, die mit ihm vor allem in den armen Ländern der Welt aktiv geworden sind – aber sich oft wie Sisyphos vorfinden müssen, der den Stein nach oben rollt, um – oben angekommen – sehen zu müssen, wie er wieder nach unten rollt.

Von der Ideologie des Marktradikalismus getäuscht, glauben viele in unseren Ländern, die Möglichkeiten der Welt beschränkten sich auf ein Nullsummen-Spiel. Die Armut und den Hunger zu bekämpfen, müsste auf unsere Kosten gehen. Das ist absolut falsch. Aber so soll die Welt gespalten bleiben und mitmenschliche Solidarität gestört werden. Wir dürfen dem nicht recht geben. •

Uno? Welche Uno? Multilateralismus im 21. Jahrhundert

von Dr. h.c. Hans-C. von Sponeck, ehem. Beigeordneter Uno-Generalsekretär*

Zum grossen Thema des Augenblicks über «das Gemeinsame in den Beziehungen der Menschen, Völker und Staaten» gehören Hinweise auf die Uno als grösste Beziehungsgemeinschaft der Welt. Welche Uno ist gemeint? Die Uno hat viele «Gesichter»!

Da ist das politische Gesicht in New York als Legislative, mit dem Sicherheitsrat und seinen fünf permanenten Mitgliedern – China, Frankreich, die russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – und der Generalversammlung mit 193 Mitgliedsstaaten. Dazu kommt das juristische Gesicht in Den Haag als Judikative, mit einem Gerichtshof und seinen 15 Richtern. Und schliesslich gibt es das weltweite operationale Gesicht als Exekutive mit einem Generalsekretär und 55000 Mitarbeitern, die sich auf die vielen Sonderorganisationen, Fonds und Programme wie UNICEF, das Entwicklungsprogramm (UNDP), die WHO, UNESCO, FAO, das Welternährungsprogramm, die Weltbank, das Flüchtlingsprogramm (UNHCR) und andere verteilen. Nach 75 Jahren steht dieses wichtige Uno-Gerüst leider immer noch auf drei wackeligen Beinen.

75 Jahre politische Uno: Enttäuschte Erwartungen ...

«Frieden», «Sicherheit» und «Fortschritt» für Menschen, für *alle* Menschen, war das erwartungsvolle Versprechen dreier Staatsmänner, *Stalin*, *Roosevelt* und *Churchill*, in Jalta im Jahr 1945 nach einem verheerenden Zweiten Weltkrieg. Die Uno mit dem politischen Gesicht, dem Sicherheitsrat, sollte dies sicherstellen. Im gleichen Jahr unterschrieben 51

* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Das Bonum commune in den Beziehungen zwischen den Menschen, Völkern und Staaten. Probleme und Konflikte würdig lösen – miteinander statt gegeneinander») vom 3.-5. September 2021 in Sirnach TG

Staaten in San Francisco eine entsprechende Friedenscharta. Es dauerte nicht lange, bis die Welt spürte, dass diese Verpflichtung nicht mehr als eine schmerzliche Illusion darstellte. Die drei Grossmächte erlagen ihren geopolitischen Eigeninteressen. Die Uno, mit der eine Gemeinschaft der Staaten aufgebaut werden sollte, wurde schnell zum Schauplatz des Kalten Krieges. Viele Menschen in Ost und West wurden Opfer der Kälte. Der Sicherheitsrat konnte schon in den ersten Uno-Jahren seinen Auftrag nicht erfüllen.

In den folgenden Dekaden waren aus vielen Kolonien souveräne Staaten geworden. Sie traten der Uno mit Stolz und Erwartung bei, in dem festen Glauben, dass sie als gleichberechtigte Mitglieder der Uno-Generalsversammlung aufgenommen würden. Auch dies war ein Trugschluss.

Die unerwartete Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, 45 Jahre später, und die Unterzeichnung der sogenannten Charta von Paris von 1990, auch Freiheitscharta genannt, durch west- und osteuropäische Staaten sowie die USA, Kanada und die UdSSR, liessen die Welt aufatmen. Dieser «Pariser Lichtblick» mit der Rückbesinnung auf Grundsätzliches der menschlichen Beziehungen und der Schaffung neuer Gemeinsamkeiten der Menschen in der sozialistischen und der kapitalistischen Welt waren ein wertvolles Signal für die Welt und auch für den Multilateralismus der Vereinten Nationen. «Nie wieder Krieg» war das Versprechen. Neue Kriege in Jugoslawien, im Irak, in Ruanda/Burundi und anderswo in den 1990er Jahren machten den Traum vom Frieden unter Menschen, Völkern und Staaten zum Alptraum. Es wurde erneut kälter in der politischen Uno.

... aber auch grosse Erfolge

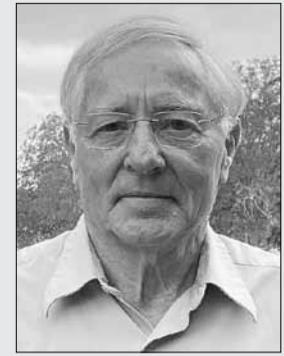
Der Rückblick über die 75 Jahre Uno zeigt, dass es der Uno aber trotz aller heissen und

kalten Kriege dieser Zeit gelungen ist, lebenswichtiges internationales Recht zu schaffen, unter anderem die umfassenden Menschenrechtspakte für politische, zivile, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Generalversammlung gab ihre Zustimmung für nachhaltige Entwicklungsziele, und in einer Sternstunde bedeutete sie, dass es eine gemeinsame moralische Verpflichtung der Menschen, Völker und Staaten gibt, sich einzusetzen für eine internationale Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect/R2P*) für Länder, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu verwalten. Damit sollten Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression verhindert werden.

Dies sind fraglos grosse Erfolge der politischen Uno. Erneut sind es die fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats, die das geschaffene Recht entscheidend ignoriert, verletzt oder gebrochen haben. Gegenwärtige Beispiele der machtpolitischen Rücksichtslosigkeit finden wir unter anderem in Tschetschenien, Syrien, Irak, Palästina, Jemen, Libyen, Xinjiang und Afghanistan. Sie beschäftigen das Weltgewissen und fordern grundlegende Reformen der politischen Uno.

Grundlegende Reformen der politischen Uno sind gefordert

Der Westen mit seinen 8 % der Weltbevölkerung will keine grundsätzliche Reform der Uno-Charta und verteidigt den Status quo im Sicherheitsrat, wo er drei der fünf permanenten Sitze beansprucht. Afrika und Lateinamerika haben mit 19 % der Weltbevölkerung überhaupt keinen permanenten Sitz und Asien mit 60 % der Weltbevölkerung nur einen solchen Sitz im Sicherheitsrat. Der «Rest» der Welt, die anderen 92 %, wollen die westliche Vorherrschaft und besonders den amerikanischen Unilateralismus nicht



Hans-C. von Sponeck
(Bild zvg)

Hans von Sponeck war 32 Jahre bei der Uno tätig. In dieser Zeit arbeitete er unter anderem in New York, Ghana, Pakistan, Botswana, Indien und war Direktor des Europa-Büros der UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beigeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das humanitäre Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Hans von Sponeck wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem *Coventry Peace Prize* der Church of England, mit dem *Peacemaker Award* der *Washington Physicians for Social Responsibility* und dem *Bremer Friedenspreis*. Zurzeit arbeitet er gemeinsam mit *Richard Falk* an einem Buch zur Uno-Reform, das 2022 erscheinen wird.

länger akzeptieren. Die geopolitische Dynamik und der Grossmachtwettkampf zwischen China und den USA werden in nächster Zeit zu erheblichen globalen Unruhen führen. Das bandagierte politische Standbein der Uno muss geheilt werden. Der Ruf nach

Fortsetzung auf Seite 4

Belarus – Zur aktuellen Situation und Politik eines Landes, das Zielscheibe einer offen feindseligen Haltung geworden ist

von Aliaksandr Ganevich, Ausserordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Belarus in der Schweiz*

zf. Gemäss dem Prinzip «*audiatur et altera pars*» («Man höre auch die andere Seite») möchte *Zeit-Fragen* auch diejenigen selbst zu Wort kommen lassen, über die sonst nur geredet und geschrieben wird. Die Republik Belarus war im vergangenen Jahr nach den dortigen Präsidentschaftswahlen wieder stark in die Schlagzeilen geraten. Was darüber bei uns im Westen alles geschrieben und gesendet wurde, müssen wir nicht wiedergeben. Es könnte aber auch durchaus so sein, dass die Dinge realiter auch in diesem Land anders liegen, als es bei uns normalerweise dargestellt wird. Im folgenden dokumentieren wir den Wortlaut des Vortrages von Aliaksandr Ganevich, dem Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Republik Belarus in der Schweiz, den er uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat.

Ich freue mich, heute hier zu sein und die aktuelle Lage in meinem Land und um Belarus herum zu schildern. Ich danke den Organisatoren des diesjährigen Kongresses «Mut zur Ethik» für die Einladung und das Interesse für das Geschehen in meinem Land.

Negative Schlagzeilen und ein Lichtstrahl

In den vergangenen Monaten war die Republik Belarus oft in den Schlagzeilen, auch in den schweizerischen Medien. Dabei standen fast ausschliesslich negative Aspekte im Fokus, man berichtete gerne von Repressionen und Verhaftungen, jeder Anlass wurde ausgenutzt, um die Staatsführung meines Landes anzugreifen und zu dämonisieren.

* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Das Bonum commune in den Beziehungen zwischen den Menschen, Völkern und Staaten. Probleme und Konflikte würdig lösen – miteinander statt gegeneinander») vom 3.-5. September 2021 in Sirnach TG

Vor diesem Hintergrund war der grosse Artikel von Professor *Bachmeier* in der unabhängigen Zeitung *Zeit-Fragen* im Oktober 2020 wirklich wie ein Lichtstrahl. Ich glaube, er bleibt nach wie vor aktuell und erklärt am besten, was in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr geschehen ist und was – oder wer – dahinter steckt.

Ein anderer Blick auf die Massenproteste nach den Wahlen

Um das im gewissen Sinne zusammenzufassen, möchte ich den Präsidenten der Republik Belarus, *Alexander Lukaschenko*, zitieren, der während des grossen Treffens mit Massenmedien am 9. August 2021, vor wenigen Wochen, Folgendes gesagt hat:

«Was die friedlichen Massenproteste angeht, so haben wir gesehen, dass sie alles andere als friedlich waren. Wir können Ihnen Foto- und Videoaufnahmen zeigen, wo unsere OMON-Leute mit Autos überfahren wurden. Wir können Ihnen Polizisten mit schweren Verletzungen zeigen. Sagen Sie, wer hat diese Krawalle begonnen? Brauchte ich etwa diesen Krieg? Auf keinen Fall. Ich wollte, dass alles friedlich und ruhig abläuft. Alles andere wäre mir von Nachteil.»

Dem Staatschef zufolge wurden unerlaubte Massenproteste aus dem Westen finanziert. Der Putschversuch wurde noch vor der Verkündigung offizieller Wahlergebnisse geplant.

Der Präsident zeigte sich überzeugt: «Wir haben eine sehr harte Prüfung bestanden, die Prüfung auf die nationale Einheit. Wir haben alles, um diese Phase der jüngeren Geschichte würdig zu überstehen. Unser Volk kann denken, es ist gebildet und setzt sich für die Interessen des souveränen Belarus ein. Es herrscht Einverständnis, dass man im Hinblick auf die Vertretung nationaler Interessen ein Ziel im Auge hat, nämlich die Erhaltung des Staates.»

Massnahmen waren notwendig und werden auch in vielen anderen demokratischen Ländern ergriffen

Aus offizieller Sicht waren harte und entschlossene Massnahmen der belarussischen Einsatzkräfte am Wahltag und auch später notwendig und dem Ernst der Lage angemessen. Wir sind überzeugt, dass die Reaktion seitens der Sicherheitsbehörden im Westen in einer solchen Situation sehr ähnlich gewesen wäre. Wir waren schon Zeugen eines viel härteren Vorgehens der Polizei in Frankreich, Deutschland und anderen demokratischen Ländern.

Die Behörden in Belarus sollten dem Chaos vorbeugen, das das Leben und die Gesundheit unserer Bürger gefährden und auch von Drittkräften in eigenen Interessen ausgenutzt werden konnte. Es ist klar, zu welchen ernsthaften Folgen es führen kann, wenn eine solche Situation ausser Kontrolle gerät.

Über das Schicksal von Belarus entscheidet sein Volk

Wir sind fest davon überzeugt, dass das Schicksal von Belarus nicht durch Strassenkundgebungen mit zweifelhafter externer Vermittlung entschieden wird, sondern durch das belarussische Volk selbst auf eine zivilisierte Weise und streng im rechtlichen Rahmen.

Die Situation in Belarus hat sich in den letzten Monaten sichtbar beruhigt und normalisiert. Die Menschen sind zum normalen Leben zurückgekehrt, Betriebe funktionieren, Staatsorgane üben ihre Funktionen aus, es gibt keinerlei Ausschreitungen und Massenaktionen.

Die Wirtschaft entwickelt sich dynamisch, zum Beispiel haben belarussische Exporte in den ersten 7 Monaten dieses Jahres um 37,8 % zugenommen, und Exporte in die Länder der Europäischen Union haben sich gar verdoppelt.



Aliaksandr Ganevich (Bild wp)

Aliaksandr Ganevich ist seit 2020 der Ausserordentliche und Bevollmächtigte Botschafter (der ersten Klasse) der Republik Belarus in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Er wurde in Lida, Region Grodno, geboren. Seine Ausbildung absolvierte er in der Militärschule in Ussurijsk, an der *Moskauer diplomatischen Akademie* sowie an der diplomatischen Schule des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1993 war er in Minsk, Berlin, Bern und München im diplomatischen Dienst tätig. Aliaksandr Ganevich ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er spricht Belarussisch, Russisch und Deutsch.

Worum es bei der Verfassungsreform geht

Vom 11.–12. Februar 2021 fand in Minsk die 6. Allbelarussische Volksversammlung statt, wo strategische Fragen der künftigen Entwicklung von Belarus diskutiert wurden. Am Forum nahmen insgesamt 2400 Delegierte teil, darunter Parlamentarier und Arbeitnehmer, Vertreter religiöser Organisationen und NGOs, Repräsentanten der Privatwirtschaft, Rentner und Studenten. Auch Leiter von allen

Fortsetzung auf Seite 4

«Uno? Welche Uno?»

Fortsetzung von Seite 3

einer neuen internationalen Sicherheitsstruktur wird daher lauter, weil eine Einrichtung gebraucht wird, die fähig ist, Krisen, Kriege und das damit verbundene menschliche Leiden zu verhindern.

Das zweite Standbein der Uno, der *Internationale Gerichtshof* (IGH), hat im Laufe der 75 Jahre Uno nicht die Rolle gespielt, die gebraucht wird, um die Beziehungen zwischen Menschen, Völkern und Staaten entscheidend zu verbessern. Zu den anstehenden Reformen des IGHs gehört, dass die begrenzte «beratende» Funktion so ersetzt wird, dass der Gerichtshof rechtlich verpflichtende Entscheidungen treffen kann und nicht nur für Staaten und die politische Uno, sondern auch für die Zivilgesellschaft zugänglich ist.

Viel Positives bei der operationalen Uno

Viel Positives ist über das dritte Standbein, die Exekutive, die operationale Uno, zu berichten. Hier werden die 55 000 Uno-Mitarbeiter eingesetzt, um durch UNICEF Kindern zu helfen, durch die WHO die Gesundheit aller Menschen zu fördern und Pandemien wie Covid-19 zu bekämpfen, durch das Welternährungsprogramm (WFP) Hunger zu vermindern, durch UNHCR, dem Uno-Flüchtlingshilfswerk, Menschen auf der Flucht zu schützen, durch die FAO, der Landwirtschaftsorganisation, die Nahrungsmittelversorgung zu verbessern, aber auch in den vielen anderen Uno-Einrichtungen, die mit nachhaltiger Entwicklung zu tun haben.

Finanzierung der Uno – Faktencheck

Manche wohlhabenden Regierungen haben über ihre finanziellen Beiträge an das Uno-System als Opfer gesprochen. Dies ist eine hässliche Falschaussage. Ein Blick in die Fakten hat gezeigt, dass von drei ausgewählten Ländern – Deutschland, den USA und Bhutan – auf einer Pro-Kopf Basis Bhutan, der kleine unterentwickelte Staat im Himalaya, mehr zahlt als Deutschland und dass die USA den weitaus kleinsten Beitrag leisten!

Erfolge trotz eingeschränkter Finanzen und politischer Einmischung

Trotz der peinlich begrenzten finanziellen Möglichkeiten der OECD-Länder und der politischen Einmischung, besonders der Vereinigten Staaten, in die Arbeit des Uno-Systems ist es diesem Standbein gelungen, sich strukturell und inhaltlich erheblich zu verbessern. In der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts gibt es keine Programme ohne Einbezug von Nachhaltigkeit, Klimawandel und Menschenrechten, besonders der Rechte der Frau. Die Zusammenarbeit mit Menschen vor Ort und die Wichtigkeit von Lokalwissen werden heute von der operationalen Uno immer ernster genommen. Die Uno-Feldbüros der Sonderorganisationen, Programme und Fonds haben zueinander gefunden und integrieren sich mehr und mehr – ein langsamer, oft frustrierender Prozess, der dazu geführt hat, dass in einer steigenden Zahl von Ländern der Entwicklungswelt heute Uno-Teams mit einem Chef, einem Team, einem Programm und häufig mit einem Budget in einem «Uno-Haus» untergebracht sind. Hier

entsteht eine wertvolle multilaterale Gemeinsamkeit im Sinne einer ausgeprägten Friedensethik.

Operationale Uno funktioniert auch in Krisen- und Kriegsgebieten

Dieser Uno-Ansatz funktioniert, auch dort, wo Krisen und Kriege erhebliche Gefahren für die Mitarbeiter mit sich bringen, z. B. gegenwärtig in der Tigray-Provinz von Äthiopien, in Haiti und in Myanmar. Selbst in Afghanistan ist das operationale Uno-System weiterhin vor Ort. Das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA) verhandelt mit den Taliban; die WHO bringt weiterhin Arzneimittel ins Land – neu sind nur Traumata-Medikamente; nationale und internationale UNICEF-Mitarbeiter sind in allen 34 Provinzen des Landes vertreten; WFP, das Welternährungsprogramm, transportiert Nahrungsmittel auf dem Land- und Luftweg nach Afghanistan. Es war eine mutige und wichtige politische Entscheidung von António Guterres, dem Uno-Generalsekretär, die Uno-Büros nicht zu schliessen.

Und noch etwas: Eine Zusammenarbeit zwischen der politischen, der juristischen und der operationalen Uno hat es bis vor kurzem praktisch nicht gegeben. Im Irak unter Sanktionen waren elf verschiedene Uno-Einheiten tätig, die sich mit sicherheitspolitischen, humanitären und menschenrechtlichen Aufgaben befassten. Vom Beginn der Sanktionen 1990 bis zu deren Ende 2003 hat überhaupt keine Zusammenarbeit stattgefunden. Dieses unglaubliche Defizit des isolierten Vorgehens wird heute weitgehend

ersetzt durch eine sich entwickelnde Kooperation. Uno-Entwicklungsprogramme, politische Missionen und friedenssichernde Militäreinsätze werden zunehmend gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Vorsichtig gesagt: Die Mauern zwischen den drei Uno-Beinen bröckeln. Dies ist eine gute Entwicklung.

Voraussetzung für Frieden und Gemeinwohl

Zusammenfassend: Die dreibeinige Uno hat in 75 Jahren vieles erreicht, jedoch haben entscheidende Reformen und Anpassungen bisher nicht stattgefunden. Die politische Uno ist ihren Aufgaben nicht gerecht geworden, sie hat weitgehend versagt. Grossmächte wie die USA, China und Russland haben in dieser Hinsicht viel Schuld auf ihre Schultern geladen. Sie müssen verstehen, dass das grosse Gemeinsame, der Frieden und das Wohlergehen aller Menschen, nur dann eine Chance bekommt, wenn:

- Unilateralismus dem Multilateralismus weicht;
- Monologe zu Dialogen werden;
- Konvergenz und Kompromiss stattfinden;
- die Zivilgesellschaft verstanden und ernstgenommen wird;
- Ursachen, nicht nur Symptome, erkannt und angegangen werden;
- und wenn alle politischen Entscheidungsträger der Rechenschaftspflicht unterliegen.

Aus einem Uno-Tisch mit Kanten einen runden Tisch zu machen, mit dem Gespräch als Hobel, bleibt die grosse Herausforderung für Menschen, Völker und Staaten im 21. Jahrhundert. ●

«Belarus – zur aktuellen Situation ...»

Fortsetzung von Seite 3

registrierten politischen Parteien und Bewegungen, darunter der oppositionellen, wurden eingeladen. Fast 60 % der Delegierten waren jünger als 50 Jahre.

Die während des Forums geführten Diskussionen und getroffenen Entscheidungen bekräftigten die Entschlossenheit der Mehrheit der Belarussen für Veränderungen im sozialen und politischen Leben. Dazu soll vor allen der Prozess der Verfassungsreform dienen, der in Belarus gerade jetzt aktiv läuft. Es sind folgende Phasen vorgesehen:

- Vorbereitung und Erörterung des Entwurfs der neuen Verfassung im Jahr 2021;
- Durchführung der Volksabstimmung zu diesem Thema Anfang 2022;
- Anpassung der Gesetzgebung an die neue Verfassung im Jahr 2022.

Zu Kernelementen der neuen Verfassung sollen gehören:

- Umverteilung der Befugnisse zwischen dem Präsidenten und der Regierung, dem Präsidenten und dem Parlament, den regionalen und lokalen Behörden;
- Verankerung eines fairen Gesellschaftsvertrags;
- die besondere Rolle der Allbelarussischen Volksversammlung als eines Verfassungsorgans.

Am 16. März wurde die Verfassungskommission gebildet, die vom Vorsitzenden des Verfassungsgerichts geleitet wird. Das Gremium besteht aus 36 Personen, darunter sind Vertreter von Staatsorganen, Vereinen, Unternehmen, Rechtswissenschaftler und andere Experten.

Der Verfassungsentwurf ist praktisch fertig und wird in den kommenden Wochen zur öffentlichen Diskussion vorgelegt.

Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte

Zu den zentralen Diskussionsthemen während der 6. Allbelarussischen Volksversammlung gehörte die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte. Der Kurs zur Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates als «unveränderliche nationale Marke» von Belarus wurde bestätigt.

- Die Regierung wird folgende Bereiche stärken und weiter ausbauen:
- staatliche Garantien der Rentenunterstützung für die Bevölkerung;
- kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung;
- Unterstützung für grosse Familien, Waisenkinder und andere vulnerable Bevölkerungsgruppen;

- Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen;
- staatliche Unterstützung der konstruktiven Tätigkeit traditioneller Konfessionen und die Erhaltung des religiösen Friedens;
- Erhaltung der weltanschaulichen Grundlagen der belarussischen Nation sowie deren historischen und kulturellen Erbes, Unterstützung von Kunst und Kultur;
- besonderes Augenmerk auf die Arbeit mit Jugendlichen, Erziehung zum Patriotismus und Herausbildung eines gesunden Lebensstils.

Neue Investitionsprojekte und regionale Entwicklung

Der Premierminister der Republik Belarus kündigte 500 neue Investitionsprojekte in der Industrie an. Es ist geplant, mindestens fünf neue innovative Branchen zu entwickeln: Elektrotransport, Bioindustrie, Pharma, Robotik und Herstellung von Verbundwerkstoffen.

Es soll ein Programm zur regionalen Entwicklung mit Schwerpunkt auf Städten mit über 80 000 Einwohnern, zur Verbesserung der Lebensqualität, für Infrastrukturprojekte, Strassenbau und -renovierung umgesetzt werden.

Die Regierung wird die traditionellen Wirtschaftszweige – Maschinenbau, chemische Industrie, Landwirtschaft – auf einer neuen technologischen und digitalen Grundlage weiter ausbauen.

Entschlossen, jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus zu unterbinden

In Belarus setzt man sich für einen zivilisierten Dialog zwischen der Regierung und der Gesellschaft ein, um den aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht zu werden. Dabei sind wir entschlossen, dem äusseren Druck auf unser Land nicht nachzugeben und jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus zu unterbinden.

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes sind wir mit einem so massiven Angriff von aussen konfrontiert. Dieser Druck nimmt verschiedene Formen an, einschliesslich der Verhängung von immer neuen Sanktionen gegen unser Land, die faktisch darauf abzielen, dessen wirtschaftliche Stabilität zu untergraben und damit die staatliche Souveränität zu schwächen.

Sanktionen: falsch, zerstörerisch, aussichtslos, völkerrechtswidrig

In diesem Sinne bedauern wir zutiefst Beschlüsse der schweizerischen Seite, EU-Sanktionen gegen die Republik Belarus zu

übernehmen. Es sind nicht nur Massnahmen gegen konkrete Staatsbürger und Unternehmen, sondern auch sektorale Wirtschaftssanktionen, die auf wichtige Bereiche der belarussischen Wirtschaft gerichtet sind und negative Konsequenzen vor allem für Arbeitnehmer und deren Familien verursachen werden.

Wir sind nach wie vor fest davon überzeugt, dass Sanktionen als Instrument der Aussenpolitik in der heutigen gegenseitig abhängigen Welt völlig falsch sind und keine positiven Veränderungen bewirken können. Sie zwingen die sanktionierten Staaten, Gegenmassnahmen zu ergreifen, was den Ausbau der bilateralen Beziehungen beeinträchtigt. Eine Sanktionsspirale ist immer für beide Seiten zerstörerisch und gefährlich.

Belarus hat sich ständig gegen die Verletzung der allgemein anerkannten Grundsätze und Normen des Völkerrechts ausgesprochen und tut es auch weiterhin. Wir sind überzeugt, dass einseitige Sanktionen keine Legitimation haben und von vornherein aussichtslos sind.

Niemand profitiert davon, dass der Westen eine tatsächliche Blockade von Belarus verhängt hat, darunter eine völlig unbegründete Sperrung des Flugverkehrs mit unserem Land.

Es sei denn, es befriedigt Ambitionen einzelner Politiker und Radikaler, die ihr politisches Kapital durch solche Aktionen vermehren wollen. Diese Politiker gehen von der falschen Prämisse aus, dass die Regierung in Belarus angeblich schwach ist und vom Volk gestürzt werden wird. Aber das ist eine Selbsttäuschung. Die Denkweise «je mehr Schaden für das Volk, desto schlimmer für das Regime» ist unhaltbar und für alle kontraproduktiv. Natürlich wird man es mit gewissen Kosten zu tun haben, aber letztendlich wird Belarus dem standhalten und seine progressive Entwicklung fortsetzen. Alle werden durch Blockaden und Sanktionen nur verlieren.

Gute bilaterale Beziehung zwischen Belarus und der Schweiz sind im Interesse beider Länder und Völker

Wir gehen unverändert davon aus, dass die Fortsetzung und der Ausbau guter bilateraler Beziehungen zwischen der Republik Belarus und der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Interessen unserer Länder und Völker voll und ganz entsprechen würde. Belarus ist an der Fortsetzung der interparlamentarischen Zusammenarbeit, der rhythmischen Arbeit der *Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz-Belarus*, dem Aufbau des ge-

genseitigen Handels und der erfolgreichen Tätigkeit der Schweizer Unternehmen in unserem Land, der gegenseitigen Unterstützung im Rahmen internationaler Organisationen interessiert.

Bereit zum Dialog auf Augenhöhe und auf der Grundlage gegenseitigen Respekts

Trotz der offen feindseligen Haltung vieler westlicher Staaten bekräftigt die Republik Belarus weiterhin ihre Bereitschaft, den Dialog auf Augenhöhe und auf Grundlage gegenseitigen Respekts fortzusetzen und zu entwickeln.

Wir fordern alle Partner auf, keine voreiligen und emotionalen Entscheidungen auf Grund unzureichender und oft ungenauer Informationen zu treffen, mit der Konfrontationslogik zu brechen, die Schädlichkeit der Sanktionspolitik zu erkennen und zu einem pragmatischen und effektiven Umgang miteinander zurückzukehren, von dem alle profitieren würden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bin gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten. Auch Ihre Kommentare und Anregungen würden mich sehr interessieren. ●

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Kriegsgefahr im Südkaukasus

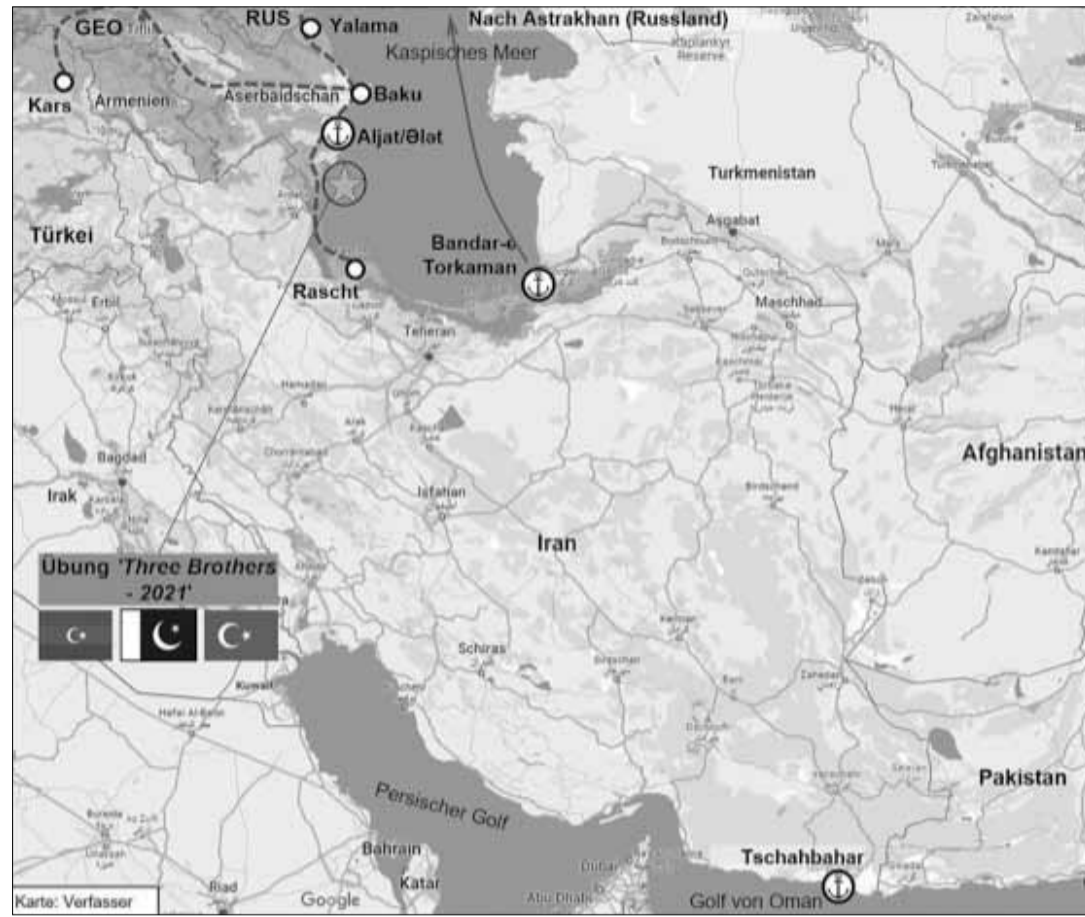
von Ralph Bosshard

Trotz des von Russland vermittelten Waffenstillstands, der dem sechswöchigen Krieg vom Herbst 2020 zwischen Armenien und Aserbaidschan ein vorläufiges Ende setzte, schwelt der Konflikt um Nagorny Karabach (Berg-Karabach) weiter. In diesem Frühjahr begann der Konflikt weitere Kreise zu ziehen und sich mit anderen Konflikten zu verbinden, so dass heute eine Eskalation zu einem regionalen Krieg im Südkaukasus nicht mehr ausgeschlossen werden kann. In diesen könnten auch Atomkräfte hineingezogen werden. Die letzten Tage brachten eine Verschärfung der Lage bei sich erhöhendem Zeitdruck.

Seit vergangenem April stellte Aserbaidschan immer dreistere territoriale Forderungen an seinen Nachbarn Armenien, welche weit über den Gebietsstreit in Berg-Karabach hinausgehen. Baku will nicht nur Transitrechte für Landtransporte zwischen dem aserbaidschanischen Mutterland und der Exklave Nakhichevan, wie es im Waffenstillstandsabkommen vom 9. November 2020 festgelegt worden war, sondern einen eigentlichen Korridor durch die südarmenische Provinz Syunik.¹ Von einem solchen Korridor war im Waffenstillstandsabkommen nie die Rede gewesen.² Inzwischen setzte Aserbaidschan seine Übergriffe gegen armenisches Territorium an verschiedenen Orten fort. Durch diese Übergriffe gegen unbestrittenermassen armenisches Territorium entsteht nun die Gefahr, dass Russland als Verbündeter Armeniens in einen Krieg hineingezogen wird. Im September drohte Aserbaidschan mit der Blockade der Strasse zwischen den zwei armenischen Städten Kapan und Goris in der Provinz Syunik, die streckenweise über aserbaidschanisches Territorium verläuft.³ Diese Drohung wiederum rief Teheran auf den Plan, denn diese Strasse ist wichtig für den Verkehr zwischen dem Iran und Armenien. Für den Fall, dass aserbaidschanische Truppen in Armenien einfallen und die armenische Armee aus der Region Syunik vertreiben, drohte der Iran bereits explizit mit einem militärischen Eingreifen.⁴

Zusätzliche Brisanz erhielt der Konflikt in den letzten Wochen durch offen vorgetragene israelische Drohungen gegen den Iran im Zusammenhang mit dem Streit über dessen Atomprogramm.⁵ Dazu kam jüngst eine gemeinsame Übung der türkischen, pakistanischen und aserbaidschanischen Marine im Kaspischen Meer, südlich von Baku.⁶ Diese unweit der iranischen Grenze stattfindende Übung wurde in Teheran als Provokation aufgefasst und löste den Aufmarsch iranischer Truppen an der Grenze zu Aserbaidschan aus.⁷

In diesem aufgeheizten Klima wirken die Aufrufe von US-Präsident Joe Biden schon fast etwas blutleer, und auch Frankreich hat



Iran und Aserbaidschan. (Karte Ralph Bosshard)

eine konkrete Unterstützung Armeniens bereits ausgeschlossen.⁸

Die Zeit wird knapp

Das Zeitfenster für eine militärische Lösung des Konflikts im Süden Armeniens schliesst sich wohl schon bald, denn der Beginn des Winters wird militärische Operationen dort schon bald massiv erschweren. Um so mehr könnten die Konfliktparteien in Versuchung kommen, jetzt noch rasch *fait accomplis* zu schaffen, um sich in eine günstige Ausgangslage für das nächste Frühjahr zu bringen.

Auch in den Verhandlungen um das Atomabkommen (*Joint Comprehensive Plan of Action* JCPOA) zwischen dem Iran und einer Staatengruppe, bestehend aus China, Russland, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und vielleicht bald schon wieder den USA, könnte bald Zeitdruck aufkommen. Nach der Wahl von *Ebrahim Raisi* zum neuen iranischen Staatspräsidenten im vergangenen August waren die Verhandlungen vorerst unterbrochen worden. Besonders Israel drängt seit längerem auf den gänzlichen Abbruch der Verhandlungen und wartet immer wieder einmal mit Prognosen auf, dass der Iran nächstens genügend waffenfähiges Uran produziert haben werde, um eine erste Kernwaffe zu bauen.⁹ Hinter vorgehaltener Hand sagen Experten der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA allerdings, dass der Bau der ersten iranischen Kernwaffe dann doch nicht so schnell gehen werde.

Poker um Gefangene

Inzwischen hat sich auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats des Konflikts um Berg-Karabach angenommen. Ihr Resolutionsentwurf «Humanitarian consequences of the conflict between Armenia and Azerbaijan» zeigt in etwa auf, welche Narrative die europäischen Abgeordneten den Konfliktparteien abzukaufen bereit sind und welche nicht.¹⁰ So halten die europäischen Abgeordneten Berichte über die Teilnahme von Söldnern, welche die Türkei in Syrien anheuerte und in den Krieg nach Berg-Karabach entsandte, offensichtlich für plausibel. Etwas seltsam scheint allerdings der Vergleich zwischen diesen Söldnern und jenen Armeniern aus der weltweiten Diaspora, die in die alte Heimat zurückkehrten, um diese gegen die aserbaidschanische Aggression zu verteidigen. Hier haben sich offensichtlich die aserbaidschanischen Abgeordneten durchgesetzt.¹¹

Seit Monaten beschwert sich Armenien, dass Aserbaidschan noch immer nicht alle armenischen Kriegsgefangenen vom Herbst letzten Jahres freigelassen habe. Derzeit sollen sich noch 48 Armenier in aserbaidschanischem Gewahrsam befinden.¹² Die entsprechenden Nachweise waren offenbar zu stichhaltig, als dass Aserbaidschan diese Tatsache hätte leugnen können. Verständlicher-

weise befürchtet Armenien, dass Aserbaidschan es mit diesen Gefangenen erpressen will. Das zynische Spiel mit Kriegsgefangenen könnte sich für Baku noch als gefährlich erweisen, denn der durch Russland vermittelte Waffenstillstand sieht explizit die Rückkehr aller Kriegsgefangener vor. Der aserbaidschanische Präsident *Ilham Alijew* glaubt offenbar, gestützt auf seine militärische Überlegenheit, sich einen derartigen eklatanten Bruch des Waffenstillstandsabkommens leisten zu können. Sollte er die Geduld Russlands aber über Gebühr strapazieren, könnte ihm dies noch auf die Rechnung gesetzt werden.

Ilham Alijew auf Gratwanderung

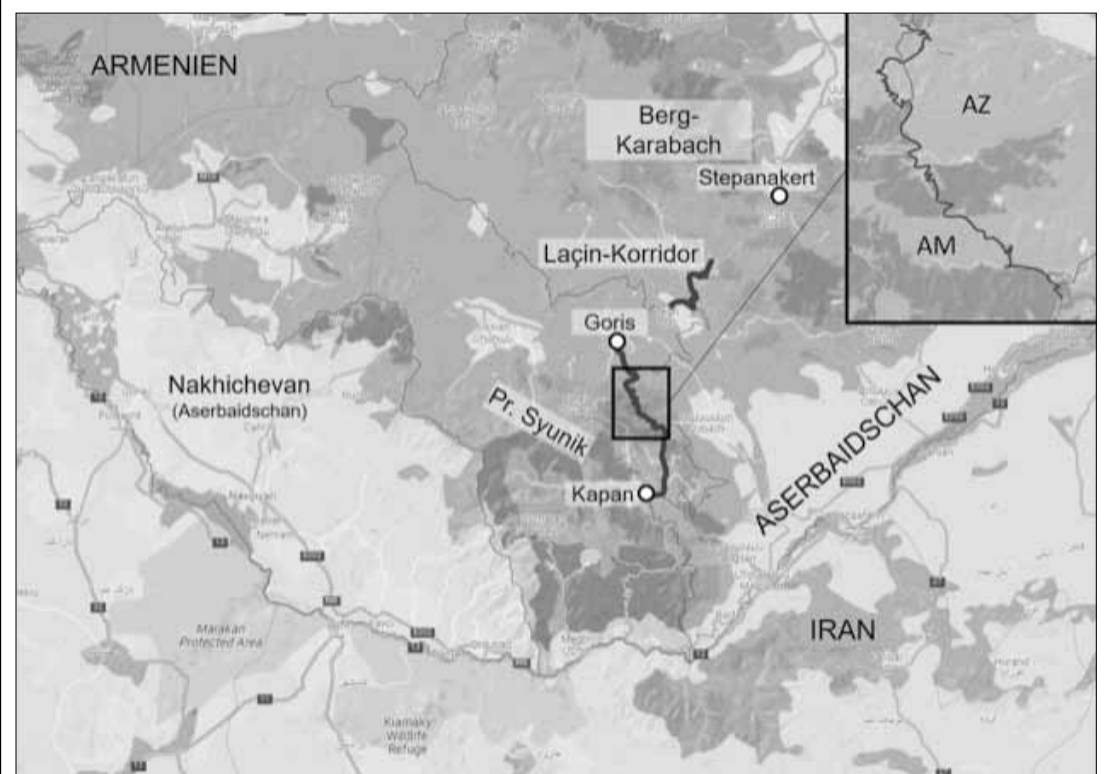
Das politische System Aserbaidschans lebt davon, dass das Gros der Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung einer kleinen politischen Elite zukommt, in deren Zentrum der Alijew-Clan steht. Derweil wird der Bevölke-

rung gerade genug davon zugestanden, damit sie nicht aufmüpfig wird. Daneben werden bedeutende finanzielle Mittel gebraucht, um sich das Wohlwollen massgeblicher Kreise im Westen zu sichern. Bekannt ist, dass finanzielle Zuwendungen an Politiker und Diplomaten schon fünfstellige Euro-Beträge erreichen.¹³ Das politische Überleben des Regimes Alijew hängt somit in hohem Mass von den Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgas-Förderung ab. Ohne diese wird es für den Alijew-Clan rasch gefährlich. Die Krise des Jahres 2014, als die Preise in den Keller fielen, mag Baku als Warnung gedient haben.¹⁴

Die Abhängigkeit der aserbaidschanischen Wirtschaft von den Einnahmen aus der Förderung von Erdöl und Erdgas ist und bleibt gross, aber die Einnahmen werden auf absehbare Zeit nicht mehr das Niveau von 2010 erreichen.¹⁵ Viele Förderanlagen sind mittlerweile alt, und die seit über 100 Jahren betriebene Förderung von Erdöl hat ökologische Schäden verursacht, deren Beseitigung das Land noch teuer zu stehen kommen wird. Viel Geld wurde in Prestige-Projekte investiert, vor allem in Baku. Wer einmal aus Baku hinaus aufs Land fährt, sieht rasch, dass dort von den Einnahmen aus Erdöl und -gas nicht viel hängen geblieben ist. In wirtschaftlicher Hinsicht hat Aserbaidschan ausser Erdöl und -gas derzeit wenig zu bieten. Die aserbaidschanische Regierung muss diversifizieren und versucht deshalb, sich zur Handelsdrehscheibe für Erdöl und Erdgas aus Turkmenistan zu profilieren. Dabei machen die Europäer gerne mit, denn sie hoffen, dass Öl und Gas aus dem Kaspischen Meer ihre Abhängigkeit von Russland mindern könnte.¹⁶

Ganz generell will Aserbaidschan seine vorteilhafte geographische Lage zwischen Asien, Europa, dem Iran und Russland verstärkt nutzen.¹⁷ Gerne würde es von der von China ins Leben gerufenen *Belt & Road Initiative* profitieren und sich als regionale Drehscheibe für den internationalen Warentransport von Ost nach West sowie von Süden nach Norden (Teheran – Moskau) etablieren. Damit bekommt der Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur neue Bedeutung. Das betrifft unter anderem die Eisenbahnverbin-

Fortsetzung auf Seite 6



Syunik. (Karte Ralph Bosshard)



Zwischenfälle. (Karte Ralph Bosshard)



Ralph Bosshard (Bild wp)

Ralph Bosshard studierte Allgemeine Geschichte, osteuropäische Geschichte und Militärgeschichte, absolvierte die Militärische Führungsschule der ETH Zürich sowie die Generalstabsausbildung der Schweizer Armee. Im Anschluss daran folgte eine Sprachausbildung in Russisch an der Staatlichen Universität Moskau sowie eine Ausbildung an der Militärakademie des Generalstabs der russischen Armee. Mit der Lage im Südkaukasus ist er aus seiner sechsjährigen Tätigkeit bei der OSZE vertraut, in der er unter anderem als Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz tätig war.

Naturschutz muss Menschenschutz werden!

von Moritz Nestor

Der berühmte Schweizer Zoologe und Anthropologe *Adolf Portmann* (1897–1982) schrieb 1971 das Essay «Naturschutz wird Menschenschutz». Eine wohlthuend ausgewogene und tiefgründige Stellungnahme zum Naturschutz. Gerade in der heutigen öffentlichen Debatte um den Klimawandel und den Artenschutz wäre sie eine wissenschaftliche Stimme, die etwas mehr Besonnenheit und Ruhe in den von Ideologen mit Medienmacht aufgeheizten Macht- und Meinungskampf tragen könnte.

Denn am meisten fällt doch bei dem herrschenden Klima- und Naturschutzreden in den Massenmedien eine sich immer mehr gegen den Menschen richtende Tendenz auf: Die Artenvielfalt in der Natur wird reklamiert, aber nur für Bär, Luchs, Wolf & Co. Als wäre die Art Mensch nicht Teil der Natur. Der Mensch, der «grösste Reichtum des Erdballs», wo wird er geschützt? Der Un-Geist macht sich immer breiter, dass der Mensch als angeblicher Feind der Natur («Krebsgeschwür» der Erde, so ein Tiefenökologe) bekämpft werden müsse. Wir seien zu viele, daher leide die Erde und «schlage zurück», in Form von Unwettern und Naturkatastrophen. Für die Tiere sei «jeden Tag Treblinka», schrieb ein Zyniker. Weg mit dem «Anthropozentrismus» predigt uns *Peter Singer*! Radikale Tiefenökologen¹ und grüne Philosophen fordern ein «Zurücksterben» (so der US-amerikanische Tiefenökologe *William D. Aiken*) der Menschheit, und sie haben seit den 80er Jahren totalitäre Lösungen zum Schutz der «Demokratie in der Natur» entwickelt, was immer sie auch darunter verstehen. Es lohnt sich, wieder einmal *Jean-Christophe Rufins* Buch «100 Stunden» aus dem Regal zu nehmen. In dessen wissenschaftlichem Anhang beschreibt er die weltweit agierende radikale bis militante Ökoszene.

Wo aber bleibt ein Naturschutz, der Hand in Hand geht mit dem Menschenschutz? Hand in Hand mit dem Schutz vor Krieg, atomarer Bedrohung und Verseuchung, vor millionenfachem Hungertod und vor krassester wirtschaftlicher Ausbeutung durch den neoliberalen Totalitarismus, wie wir ihn nie zuvor erlebt haben? Hand in Hand mit Schutz davor, dass man dem Menschen seine schützenden Gemeinschaften nimmt, was um jene Zeit so radikal wie nie einsetzte, als *Margaret Thatcher* 1981 verkündete: «Who is society? There is no such thing!» – «Wer ist die Gesellschaft? So etwas gibt es nicht!»² Der Mensch, dessen Natur Kultur ist (Portmann) und der ohne Gemeinschaft und Gesellschaft gar nicht überleben kann, wird damit seiner Natur beraubt und zum *Robinson* denaturiert.

Manche sagen, die Welt sei durch die Digitalisierung zum Dorf geworden. Mag ja sogar in gewissem Sinn so sein. Doch dann stellt sich doch die Frage noch schärfer: Was machen wir mit dem Menschen, der nun nicht mehr «weit hinten in der Türkei» lebt? Vor den Hütten unseres Dorfes spielt sich ein schamloser Angriffskrieg der westlichen Kapital- und Machtallianzen nach dem anderen ab, wird eine Kultur nach der anderen aus-

«Wo aber bleibt ein Naturschutz, der Hand in Hand geht mit dem Menschenschutz? Hand in Hand mit dem Schutz vor Krieg, atomarer Bedrohung und Verseuchung, vor millionenfachem Hungertod und vor krassester wirtschaftlicher Ausbeutung durch den neoliberalen Totalitarismus, wie wir ihn nie zuvor erlebt haben? Hand in Hand mit Schutz davor, dass man dem Menschen seine schützenden Gemeinschaften nimmt, was um jene Zeit so radikal wie nie einsetzte, als *Margaret Thatcher* 1981 verkündete: «Who is society? There is no such thing!» – «Wer ist die Gesellschaft? So etwas gibt es nicht!» Der Mensch, dessen Natur Kultur ist (Portmann) und der ohne Gemeinschaft und Gesellschaft gar nicht überleben kann, wird damit seiner Natur beraubt und zum *Robinson* denaturiert.»

radiert. Wir wissen um das millionenfache weltweite Hungern und Hungersterben, wir kennen die politisch gewollten Drogenepidemien, wir wissen um das Totenhaus Afrika, wir kennen die Völkermorde und, und, und – und in unserem «Viertel» des «globalen Dorfs» geht das Leben weiter, als wäre kaum etwas geschehen. Die Schreckensmeldung von heute darüber, dass das angloamerikanische Imperium aus allen Atomschutzverträgen austritt und eine neue angloamerikanische Atomallianz schmiedet: Schlimmste atomare Hochtechnologie – die allein durch ihre Existenz das Leben aller Menschen, aller Tiere, überhaupt allen Lebens auf der Erde täglich noch mehr bedroht als je zuvor – wird von den USA noch gezielter und noch weiter verbreitet. Das wird heute kaum als Schreckensmeldung wahrgenommen – und ist morgen vergessen, wenn der bessere Schutz der Aquarienfische in allen Blättern und Sendern gefordert wird. Keine der mit Kapital- und Medienmacht dominierenden Naturschutzgruppen und -parteien nimmt den Schutz des Menschen vor Krieg und Ausbeutung in ihr Programm auf. Für wen von den Bewerbern um die Macht, welche unsere Stimmen herauslocken wollen, ist Naturschutz auch Menschenschutz? Wer sonst soll denn überhaupt schützen!?

Was also sagte Adolf Portmann 1971? «Unser Problem ist im Abendland entstanden – die heutige Verwüstung der ursprünglichen Welt und deren Umbau in eine Welt des Menschen ist von der Technik des Abendlandes ausgegangen.» Der Aufschwung und die globale Verbreitung dieser historisch zuvor nie gekannten neuen Technik ist das Werk des christlichen Zeitalters. «Niemand kann die tragische Situation dieser heutigen Zeit bedenken und ihr begegnen, ohne sich mit dieser fundamentalen Tatsache auseinanderzusetzen.» Bedenke man aber das ungeheure Ausmass der globalen Verwüstungen durch die moderne Technik, dann sei man «nicht ohne weiteres bereit, den Befreiungskampf des abendländischen Geistes von dogmatischen Fesseln der Kirche einseitig nur im Bild des Aufstiegs von Nacht zum Licht darzustellen [...]. Niemand wird aus der Sicht unserer Zeit und trotz der neuen Bedrohun-

gen durch die Technik den Kampf der Kirche nun rückblickend gutheissen. [...] Doch das Wissen darum, dass es einer grossen geistigen Macht möglich war, den Kampf gegen die wissenschaftliche Neugier während Jahrhunderten in der Lebenspraxis wirksam zu führen, lenkt den Blick der heute ratlosen, bedrohten Menschen auf ein zentrales Problem unserer Zeit: Wo ist heute die Macht, wo sind heute die Mächte, die eine weithin erkannte Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bedrohung durch die Technik tatkräftig führen könnte? [...] Bezeichnend für die Verwirrung der Gemüter beim Forschen nach den Ursachen des Heraufkommens der Technik ist der Versuch von seiten amerikanischer Soziologen, von Theologen sekundiert, die judeo-christliche Weltansicht dafür verantwortlich zu erklären. Schuld am Hochkommen der Technik ist nach dieser Ansicht die von der alt-biblischen und christlichen Lehre verbreitete Auffassung des Menschen als höchstes Wesen der ganzen irdischen Schöpfung, das Wesen, das zur Herrschaft berufen und für sie geschaffen sei! Diese Behauptung übergeht völlig die viel wichtigere Tatsache, dass trotz dieser Einstellung zum Menschen die judeo-christliche Dogmatik 2000 Jahre lang jede explosive Entwicklung der Forschung und Technik nach Kräften verhindert hat aus der klaren Einstellung gegen die Wissensbegierde. [...] Die Gestaltungen [Portmanns Begriff für Lebensformen, MN] um uns, ohne uns und vor uns in Jahrtausenden geworden, sind Glieder einer lebendigen Welt, die wir nicht selbst machen können und deren Komplexität und Rätselhaftigkeit um so deutlicher vor uns steht, je mehr wir durch die Forschung vom Mikrokosmos des Lebensstoffs erfahren. Diese vertiefte Einsicht muss in uns das Gefühl der Ehrfurcht vor diesem ohne uns Gewordenen wecken, eine neue, vom Wissen geförderte Ehrfurcht, ein Wissen nicht nur um neue Fortschritte der Forschung, sondern um die Verantwortung unserer Nachwelt gegenüber, die das Recht auf ein Dasein inmitten der Fülle des Lebens hat, die uns Heutige noch umgibt. Nur der Aufbau solcher Ehrfurcht [...] kann für die Zukunft die Legitimation einer neuen Haltung der Natur gegenüber geben [...], aus der heraus Wille und Macht wirksam werden



ISBN 978-3-7160-1550-6

können, um den heutigen grenzenlosen Egoismus des Gewinn- oder des technischen Ehrgeizes einzudämmen, zu beherrschen. [...] Der Schutz aussermenschlichen Lebens ist Schutz unseres eigenen Daseins vor entsetzlicher seelischer Verödung. So erhält heute das Wort Naturschutz einen neuen erweiterten Sinn: als Umweltschutz für die Erhaltung der Voraussetzungen der menschlichen Existenz – als Bewahrung des Lebendigen, das wir nicht selbst machen können. [...] Es wird nicht lange gehen, und Naturschutz als Menschenschutz wird auch für die Orientierung der Forschung ein Leitmotiv von grösster Bedeutung sein. – Die neuen Normen der Mässigung zu finden [...], das ist ein grosse Aufgabe der Erziehung auf allen Stufen des menschlichen Wirkens.»

So zieht der Anthropologe Adolf Portmann im Rückblick auf seine mehr als ein halbes Jahrhundert dauernde reiche Lehr-, Forschungs- und Lebenserfahrung die Schlussfolgerung für einen echten humanen Naturschutz. Diese Schlussfolgerung endet weder in der Frontstellung der Tiefenökologen und Malthusianer gegen den Menschen: Schutz der Natur vor dem Menschen durch «massive die back» – noch im Diktaturgehabe grüner Populisten.

¹ Eine mystische Naturphilosophie, welche nicht die wirklichen Naturzerstörer bekämpft (Giftmüllproduzenten, Düngemittelindustrie, Atomindustrie usw.), sondern die Gattung Mensch selbst, die sie auf eine Milliarde reduzieren will, um die Erde (Gaia) zu retten. Hat mit Ökologie als wissenschaftlicher Disziplin nichts zu tun, entlehnt sich aber deren Begrifflichkeit.

² Thatcher, Margaret. «Interview für 'Woman's Own' («No Such Thing as Society»).» In: Margaret Thatcher Foundation: *Speeches, Interviews and Other Statements*. London 1987 [Übersetzung Moritz Nestor]; <https://www.margarethatcher.org/document/106689> (eingesehen am 17.8.2021)

«Kriegsgefahr im Südkaukasus»

Fortsetzung von Seite 6

massiv verändern. Das wäre dann auch ein grosser Erfolg für die russische Diplomatie und ein erster Schritt zur Normalisierung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen im Südkaukasus.

Im Zuge des Streits um Transitrechte setzte Baku unter anderem auch mit militärischen Mitteln Druck auf. Damit haben die Machthaber in Baku Erfahrung. Vielsagend ist, an welchen Orten sich in den letzten Monaten bewaffnete Zwischenfälle ereigneten.²⁷ Wer schon auf dem Vardenis-Martakert-Highway vom Sevan-See ins Tal des Terterfuhr, dem fielen die Bergwerke beidseits der Strasse auf. Dort befindet sich die Goldmine von Sotk, in welcher das Edelmetall im Tagebau besonders rentabel gefördert werden kann. Etwas weiter südlich davon, nahe der Ortschaft Verin Shorzha, liegt die Goldmine am Tsartsar-Berg. In diesem Frühjahr bezo-

gen aserbaidjanische Truppen in der Nähe dieser Ortschaften Stellungen an oder vielleicht schon jenseits der armenischen Grenze, von wo aus sie problemlos die Aktivitäten rund um die Bergwerke überwachen und gegebenenfalls durch Beschuss stören können.

Ähnlich liegen die Verhältnisse nahe der Dörfer Aravus und Tekh am Übergang zwischen Armenien und dem Laçın-Korridor, wo neben Gold auch Kupfer und Molybdän-Vorkommen im Boden schlummern. Nicht weit davon drangen aserbaidjanische Truppen in armenisches Territorium am Sev- bzw. Sevlisch-See ein, der für die Wasserversorgung der armenischen Stadt Goris von grosser Bedeutung ist. Und schliesslich kam es im Vierländer bei Yerashk, wo der Iran, die Türkei, Armenien und Aserbaidschan aneinandergrenzen, im Juli zu längeren Gefechten.²⁸ In all diesen Fällen kommt der Verdacht auf, es gehe bei diesen militärischen Operationen darum, Armenien den Zugriff auf seine natürlichen Ressourcen zu verweigern und es

so unter Druck zu setzen. Die wirtschaftliche Zielsetzung aserbaidjanischer Kriegführung offenbart sich immer deutlicher.

Beurteilung

Nach seiner Niederlage im Krieg gegen Armenien 1994 beklagte sich Aserbaidschan nicht ganz zu Unrecht, dass ihm die Kontrolle über bedeutende Teile seines Staatsgebiets entrissen worden sei. Frustriert über jahrelang ausbleibende Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Umsetzung der sogenannten Madrider Prinzipien, enttäuscht von der harten Haltung der Regierung Pashinyan und gedemütigt in den Grenzgefechten im Juli letzten Jahres, entschloss sich Baku für eine militärische Lösung. Im sechswöchigen Krieg im Herbst letzten Jahres eroberte Aserbaidschan einen grossen Teil der 1994 verlorenen Gebiete zurück und deutete mit der Eroberung von Teilen der Provinz Hadrut an, dass es gewillt ist, das Problem insgesamt mit militärischen Mit-

teln zu lösen. Die Ereignisse der letzten Monate gingen jedoch weit über die militärische Umsetzung der Madrider Prinzipien hinaus. Grosse Geopolitik hat Einzug gehalten im Südkaukasus. Zu Russland, das sein unmittelbares Umfeld stabilisieren möchte, kamen die Türkei, die unter dem Banner des Turanismus eine Verbindung mit den turksprachigen Völkern Zentralasiens anstrebt, und der Iran, der nicht weiter eingekreist werden will. Auch die Konkurrenz zwischen den Staaten in der *Organisation für Islamische Zusammenarbeit* und die Rivalität in der notorisch instabilen Nahostregion spielen in den lokalen Konflikt in Berg-Karabach hinein. Und schliesslich haben alle Beteiligten wirtschaftliche Interessen, namentlich in den Bereichen Verkehr und Energie. Der Konflikt um Berg-Karabach hat schon viel zu weite Kreise gezogen und sollte dringend wieder auf das Mass reduziert werden, das er ursprünglich einmal hatte. Die Zeit drängt, und das Eskalationsrisiko ist hoch.

Der Freistaat der Drei Bünde – ein demokratisches Juwel

von Marianne und Werner Wüthrich

Es war für jeden Freund der direktdemokratischen souveränen Schweiz ein Genuss, am 2. Oktober in Ilanz dabei zu sein. In einer wissenschaftlichen Zusammenschau lernten die gebannt lauschenden rund 90 Teilnehmer die historische Entwicklung des einzigartigen Modells des Kantons Graubünden und seinen Beitrag für die direkte Demokratie in der Schweiz kennen.¹ Hier soll in freier Wiedergabe der Kern dieses Modells aus den Referaten erschlossen werden.

«Ohne aktiv gelebte Friedenskultur keine direkte Demokratie.» Diese einleitenden Worte von René Roca öffneten die Köpfe und Herzen für die Geschichte des Bündner Freistaates mit seinen Drei Bünden (Gotteshausbund, Grauer Bund und Zehngerichtenbund) und für die einmaligen demokratischen Rechte der rund 50 Gerichtsgemeinden, welche die Rechts- und Friedensordnung in ihrer Gemeinde und im ganzen Dreibündestaat prägten.

Der Bergkanton Graubünden mit seinen 150 Tälern ist mit 7105 km² der mit Abstand grösste Kanton der Schweiz (Gesamtfläche 41 285 km²). Eine Landsgemeinde, wie andere Bergkantone sie für die Bürger des ganzen Kantons durchführten, wäre deshalb praktisch kaum möglich gewesen. Trotzdem organisierten die Bündner ihren Freistaat seit dem 14. Jahrhundert (fast so früh wie die Eidgenossen), und mit den Ilanzer Artikelbriefen von 1524 und 1526 auch in schriftlicher Form, auf einem starken gemeinschaftlichen Fundament. So gelang es, den Dreibündestaat über die Stürme der Reformation und der Bündner Wirren – zur Zeit des Dreissigjährigen Krieges – hinweg bis zur Besetzung der Schweiz durch Napoleon 1798 zusammenzuhalten. Eine beachtliche Leistung! Bis zur Helvetik war der Freistaat der Drei Bünde Zugewandter Ort der Eidgenossenschaft, ab 1803 wurde Graubünden ein eidgenössischer Kanton.

Souveräne Gerichtsgemeinden bestimmen ihre Geschicke ab dem 16. Jahrhundert selbst

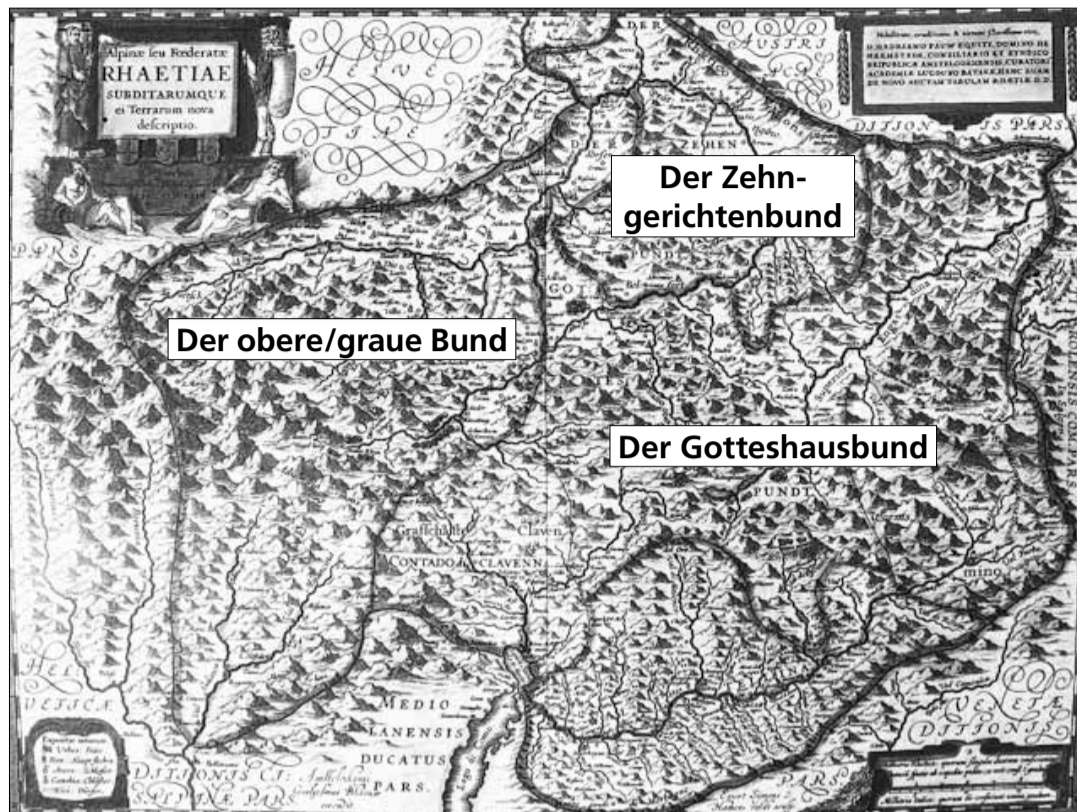
Der Dreibündestaat war ein loser Staatenbund mit föderativer Struktur, in dem vor allem die Aussenpolitik und die gemeinsame Verwaltung der Untertanengebiete koordiniert wurden. Das «Sagen» hatte jedoch nicht der Bundstag, sondern die rund 50 Gerichtsgemeinden, zum Beispiel Ilanz mit zwölf Nachbarschaften (Gemeinden). Ihnen kam die Souveränität in allen inneren Fragen zu, aber sie bestimmten auch die Politik der Drei Bünde auf originelle Weise durch das Referendum. Viel später, bei der Einführung des Gesetzesvetos in den Kantonen St. Gallen und Luzern im 19. Jahrhundert, diente das Bündner Referendumsrecht als Vorbild.

Dass die Dörfer in den Talschaften sich schon früh zur Regelung ihrer rechtlichen Angelegenheiten auf demokratischer Basis zusammentaten, hatte seinen Ursprung in der Art, wie sie auch sonst zusammenarbeiteten. Für die Bewirtschaftung ihrer Wälder und Alpen, für die Nutzung des Wassers und als Säumer für den Transport von Reisenden und Gütern über die Alpen schlossen sich die Bündner – wie etwa auch die Urner oder Walliser – seit dem 13./14. Jahrhundert zu Genossenschaften zusammen. Von daher waren sie es gewohnt, Alltagsfragen und rechtliche Uneinigkeiten gemeinsam zu lösen. Dies taten sie durch «Mehren» (Mehrheitsentscheide) in den Versammlungen der Gerichtsgemeinden.

Ähnlich lebten damals auch andere Volksgemeinschaften zusammen. Der Bündner Demokratie-Theoretiker Florian Gengel hielt im 19. Jahrhundert fest, dass die Volksrechte, wie sie im alten Graubünden bestanden, allen Völkern auch ohne gesetzliche Festlegung zukommen würden, weil sie ihren Geltungsgrund im Naturrecht hätten, das heisst ihm von Natur aus zustehen. In der Schweiz sei die Volkssouveränität die Grundlage aller Verfassungen (Stefan G. Schmid).

Das bündnerische Referendum – eine faszinierende Ausformung der direkten Demokratie

Das altbündnerische Referendum war der «eigentliche Angelpunkt der bündnerischen Demokratie» (Florian Hitz).



Karte der Drei Bünde von Fortunat Sprecher von Bernegg, 1618. (Bild zvg)

Entscheidungen in innenpolitischen Fragen trafen, wie erwähnt, die Gerichtsgemeinden souverän an ihren Bürgerversammlungen. In Bezug auf die Aussenpolitik (Verträge mit dem Ausland) und die gemeinsame Verwaltung der Untertanengebiete (Veltlin, Chiavenna, Bormio) hatten die Gemeinden ein Referendumsrecht, dessen Ergebnisse in den Drei Bünden koordiniert wurden. Im 17./18. Jahrhundert wurde das Referendumsrecht auf weitere Bereiche ausgedehnt. Die Beschlüsse wurden im Bundstag (in Chur, Ilanz oder Davos) getroffen, zu denen die Gerichtsgemeinden ihre Boten entsandten, oder auf den Beitagen, die bei Bedarf in kleinerer und wechselnder Besetzung tagten.

Und nun kommt das Besondere, man kann fast sagen, das «Revolutionäre» – oder eher das Evolutionäre, das auf genossenschaftlichem, demokratischem Boden ohne Gewalt entwickelt wurde: Bei den gesamtbündnerischen Entscheidungen «spielten die Gerichtsgemeinden eine wichtigere Rolle als der Bundstag» (Florian Hitz). Jeder Bote brachte seine Stimme (in grösseren Gemeinden zwei oder drei Stimmen) im Bundstag ein. Dabei musste er sich an die genauen Instruktionen der Gemeinde halten. Hatten die Boten zu einer Frage keine Instruktion, konnte nicht entschieden werden. Der Bundstag funktionierte also ähnlich wie die eidgenössische Tagsatzung, wo die Gesandten sich an die Instruktionen ihrer Kantone zu halten hatten und bei grösserer Uneinigkeit kein Beschluss gefasst werden konnte. In schwierigeren Zeiten musste der Bundstag häufiger tagen, dann meldeten die Gemeinden ihre Antworten auf die Referendumsfragen schriftlich.

Die einzelnen Gerichtsgemeinden fassten ihre Antworten durch Mehren. Dabei konnte es um hochanspruchsvolle Fragen gehen, zum Beispiel, ob und welcher Vertrag mit Venedig geschlossen werden sollte. Die Antworten der Gemeinden beschränkten sich dementsprechend oft nicht auf ein Ja oder Nein, sondern die Bürger diskutierten über detaillierte Inhalte und kamen zu differenzierten Ergebnissen.

Auch in der inhaltlichen Ausgestaltung war das altbündnerische Referendum also einzigartig: Es waren Antworten möglich wie «vielleicht», «unter der Bedingung, dass ...» oder «ja, aber ...». Die Häupter der Drei Bünde mussten die vielfältigen Meinungsäusserungen sortieren und auf dieser Grundlage gemäss dem Mehrheitswillen entscheiden.

Durch die anspruchsvollen Diskussionen und Entscheidungsfindungen in den Gerichtsgemeinden konnte sich die Bündner Bevölkerung lange vor der allgemeinen Schulpflicht (im 19. Jahrhundert) eine staatskundliche Bildung und grundlegende Werte aneignen (René Roca).

Der Bundstag und das Referendumsrecht der Gerichtsgemeinden bestanden bis nach der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates 1848, dann musste es dem individuellen Stimmrecht weichen (Jon Mathieu). Aber auch in der heutigen Verfassung des Kantons Graubünden haben die Gemeinden noch ein fakultatives Referendumsrecht: Gemäss Artikel 17 können «1500 Stimmberechtigte oder ein Zehntel der Gemeinden» eine Volksabstimmung zu Beschlüssen des Grossen Rats (Kantonsparlament) über Gesetze, interkantonale oder internationale Verträge oder über grössere Ausgaben (Finanzreferendum) verlangen.

Wie die Bündner die schwierige Zeit der Reformation bewältigten

Während in den anderen Ländern Europas im 16. Jahrhundert die Regel «cuius regio, eius religio» galt – das heisst, dass der Landesherr die Konfession seiner Untertanen bestimmte, wobei bei Machtwechseln den Menschen oft mehrmals ein Glaubenswechsel aufgezwungen wurde – lösten die Schweizer die schwierige Aufgabe auf unterschiedliche, nicht überall demokratische Weise. Die Appenzeller zum Beispiel teilten sich in ein katholisches Innerrhoden und ein reformiertes Ausserrhoden auf, in manchen Kantonen gab es reformierte und katholische Gemeinden oder Kantonsteile, in der Innerschweiz blieb man katholisch, in Bern, Genf und Zürich bestimmten die Stadträte die Einführung des re-

formierten Glaubens (auch für die Landbevölkerung!) und schlossen die Klöster.

Auch in Graubünden gab es weltliche Adelsgeschlechter sowie Bischöfe und Äbte, die der Bevölkerung ihren Glauben und ihr Recht aufzwingen wollten. Aber die Bürger setzten es durch, dass sie ihren Pfarrer und später auch andere Amtsträger selbst wählen konnten – in ihrer gewohnten Art, durch «Übermehren» der Feudalherren durch das Volk (Randolph Head). Das war nicht so einfach, es war eine spannungsgeladene Zeit, aber die Bündner haben sie auf demokratische Weise bewältigt und so den konfessionellen Frieden langfristig bewahrt.

Artikelbriefe und Religionsdisput als Fundament des Freistaates

Der Freistaat der Drei Bünde festigte mit den zwei Ilanzer Artikelbriefen von 1524 und 1526 seine Staatlichkeit – eine Staatlichkeit der eigenen Art (ohne gemeinsame Behörden). Sie legten den Boden für den konfessionellen Frieden. Die Artikel bestimmten den Platz der Kirchen im Freistaat, indem sie den Gerichtsgemeinden das Recht zusprachen festzulegen, ob sie altgläubig bleiben oder evangelisch werden wollen. (Eine individuelle Glaubensfreiheit war zu dieser Zeit noch nicht vorgesehen.) Zudem untersagten sie dem Churer Bischof im Gotteshausbund und auch allen Geistlichen in den anderen zwei Bünden, weltliche Ämter zu vergeben. Der Bischof wurde gewählt durch das Domkapitel – mit Einverständnis des Gotteshausbundes. Kirchlichen Missständen sollte ein Riegel geschoben werden. Zum Beispiel: Wenn jemand, Mann oder Frau, krank ist oder im Sterben liegt, so darf keine geistliche Person, sei es Priester, Mönch oder Nonne, den Kranken zu einem Testament überreden, ohne dass die rechtmässigen Erben anwesend sind. Offenbar war kirchliche Erbschleicherei ein Problem.

Revolutionär war, dass die Grundlasten (Abgaben, Zehnten) vermindert oder gar abgeschafft werden sollten. Der Freistaat wurde so nach und nach zu einem Land von freien, bürgerlichen Grundbesitzern, die auf ihrem Land nur begrenzte Abgaben leisten mussten. Man einigte sich, den «freien Handel zuzulassen».

1526 fand die Ilanzer Disputation statt. Der Churer Pfarrer Johannes Comander hatte 18 reformierte Thesen verfasst und in Augsburg drucken lassen. (Diese sollten wenig später (1528) auch Thema für die Berner Disputation sein.) Der Abt von St. Luzi strengte mit Geistlichen des Domkapitels eine Klage gegen Comander an. Der Bundstag setzte in Ilanz Religionsgespräche auf der Grundlage seiner Disputationsthesen an. Resultat der Disputation war, dass Comander nicht verurteilt wurde, sondern der Bundstag kam zum Schluss, der Pfarrer könne «die Messe lesen oder das Wort Gottes predigen» (Jan-Andrea Bernhard). Dieser versöhnliche Entscheid ebnete den Boden für das friedliche Zusammenleben der beiden Konfessionen für die kommenden Jahrhunderte.

Die Ilanzer Artikel kündigten das Heranreifen einer neuen politischen und wirtschaftlichen Welt im Freistaat an. Die Leute in den Gemeinden regierten den Freistaat – und nicht der Bischof oder irgendwelche Herren. Die Ilanzer Artikelbriefe galten als Landesrecht bis zum Ende des Freistaates im Jahr 1798. Sie gaben die Richtung für die innere Entwicklung an und prägten die starke Bündner Gemeindeautonomie bis heute.

Thesen anlässlich der siebten wissenschaftlichen Konferenz des Forschungsinstituts direkte Demokratie

1. Der Kanton Graubünden war seit dem Spätmittelalter resp. der Frühen Neuzeit ein «Labor» zur Förderung der politischen Partizipation und zur Entwicklung der Demokratie in der Schweiz.
2. Das «altbündnerische Referendum» war als föderatives Referendum ein zentraler Bezugspunkt und Vorbild zur Konstituierung des Gesetzesvetos im 19. Jahrhundert, also der modernen direkten Demokratie in der Schweiz.
3. Der Schweizer Historiker Adolf Gasser hob die Bedeutung der «Gemeindefreiheit» und damit verknüpft auch die Bedeutung des genossenschaft-

lichen Prinzips für die Schweizer Geschichte besonders hervor. Die europäische Geschichte sei stark vom Gegensatz zweier verschiedener Gesinnungen geprägt, und zwar von «Herrschaft und Genossenschaft».

Der Kanton Graubünden zeigt mit seiner Geschichte eindrücklich, wie es gelang, das genossenschaftliche Prinzip auszugestalten. In heutiger Zeit besteht die Gefahr, dass nicht mehr «von unten her» das genossenschaftliche Prinzip weiter Bestand hat, sondern sich «von oben her» das Herrschaftsprinzip immer mehr durchsetzt.

Dr. phil. René Roca

¹ Der Kanton Graubünden und sein Beitrag für die direkte Demokratie in der Schweiz. 7. Wissenschaftliche Konferenz des Forschungsinstituts direkte Demokratie FIDd von Dr. phil. René Roca. Referate von Dr. phil. René Roca: «Der Kanton Graubünden und sein Beitrag für die direkte Demokratie in der Schweiz – ein Überblick»; Prof. Dr. theol. Jan-Andrea Bernhard: «Kirche und Staat – die Wirkung der Ilanzer Artikelbriefe und Disputationsthesen»; Dr. phil. Florian Hitz: «Das altbündnerische Referendum. Seine Praxis im Ancien Régime und seine Rezeption bei bündnerischen Rechtshistorikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts»; Prof. em. Dr. Jon Mathieu: «Formen demokratischer Politik im neuzeitlichen Graubünden»; Prof. Dr. iur. Stefan G. Schmid: «Florian Gengel (1834–1905) – ein Bündner Theoretiker der direkten Demokratie»; Prof. Dr. Randolph C. Head: «Gab es eine frühneuzeitliche Demokratie? Eine zeitgenössische Perspektive aus graubündnerischer Sicht».